



Stefan Wolter

Im Geiste edler, hilfreicher Menschlichkeit

Vom Städtischen Krankenhaus Merseburg zum
Saalekreisklinikum - 100 Jahre Geschichte

 **CARL-VON-BASEDOW
KLINIKUM**
Akademisches Lehrkrankenhaus
der Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg
SAALEKREIS GmbH

Mikrostudie: Die Verdrängung der Diakonieschwestern, Teil I

1946

„sehr feine Worte des Dankes für Schwester Elisabeth“

Oberinnenwechsel und Schwesternnot

In den ersten Januartagen 1946 setzte der Vorstand einen Leitungswechsel der Oberschwester durch. Das erschien sinnvoll aufgrund der Verhältnisse als auch des Alters von Schwester Elisabeth Lindemann²⁷⁸. Die gebürtige Herrnhuterin Gerda Hasting (1915-1990)²⁷⁹, zuletzt etliche Jahre im OP des Martin-Luther-Krankenhauses Berlin tätig gewesen, überbrückte die Situation, ehe zum 1. Mai 1946 mit der energischen Schwester Elli Schulze die künftige Oberin ihren Dienst aufnehmen konnte. Seit 1936 der Schwesternschaft angehörend, war Elli Schulze zuletzt im Bürgerhospital Frankfurt aktiv gewesen. Als künftige Bezirksoberein des EvDV oblagen ihr auch Aufsichtsaufgaben in Sachsen-Anhalt.²⁸⁰

Über die Einführung der künftigen Oberin im Schwesternkreis am 5. Mai 1946 abends heißt es nur kurz:

„Nachmittags um 6 Uhr fand ein Betriebsappell statt, bei welchem der Chefarzt zuerst Schwester Elisabeth dankte und verabschiedete, Schw. Gerda Hasting herzliche Worte des Dankes zukommen ließ und dann Frau Oberin Schulze kurz begrüßte. Anschließend sprach auch Herr Oberbürgermeister sehr feine Worte des Dankes für Schwester Elisabeth und begrüßte Frau Oberin Schulze sehr herzlich.“²⁸¹

Es mangelte an Schülerinnen und an Vollschwestern. Vor dem Krieg (1938) wies das Haupthaus 225 Patientenbetten auf, von de-

nen 191 belegt waren. 1946 aber hatten die Schwestern 450 Betten zu versorgen. Eine Situation, welche die konfessionellen Oberschwestern aus Merseburg, Bitterfeld und Wittenberg gemeinsam zu bewältigen suchten. Während Merseburg fünf Examensschülerinnen erhielt, gab dieses vier „Pröbchen“ vorübergehend nach Bitterfeld ab, wo es „viele Sorgen“ gab und die Oberin „sehr Elend“ war²⁸². Vor allem aber mangelte es auch in Merseburg an Schülerinnen, die als Nachwuchskräfte sogleich in den Dienstplan aufgenommen wer-



Die kleinen Patienten ahnten nichts von den Auseinandersetzungen hinter den „Kulissen“.

den konnten. „... Wie steht es wohl mit dem Nachschub für unsere leeren Schülerinnenplätze“, fragte Oberin Schulze im November 1946 in Berlin an, hoffend auf dreißig Schülerinnen für das mit 305 Kranken belegte Haupthaus:

Immer häufiger kommen Anfragen von freien Bewerberinnen, die von den örtlichen Gesund-

heitsbehörden an uns verwiesen werden. Und wir haben doch das größte Interesse, nur unsere Schülerinnen auszubilden. Ich muß befürchten, daß man uns eines Tages freie Schülerinnen zudiktiert, wenn die Plätze weiter offen bleiben...“.

In unerwarteter Form sollten diese Tage rascher herankommen, als die Oberin ahnen konnte.²⁸³

1947

„Der Name ‚Schwesternhaus‘ soll für unser richtiges Heim im Krankenhausgelände bleiben.“

Vertreibung aus dem Schwesternhaus

Häufig bedarf es eines besonderen Anlasses, um anderen Menschen gegenüber Wertschätzung zu bekunden. Der Juli 1947 bot der Bevölkerung eine Gelegenheit, solche den Mersburger Diakonieschwestern zu erweisen. Weil mehr als die Hälfte des Personals und ein Viertel der 235 Patienten im Haupthaus unter einer schweren Darmstörung mit hohem Fieber litten, musste das gesamte Krankenhaus kurzzeitig unter Quarantäne gestellt werden. Kurz entschlossen zogen etliche Einheimische unter die Fenster des Krankenhauses und schleusten per Stricken und Körben Erfrischungen ins Haus.

Die Ursache des plötzlichen Übels klärte sich rasch auf: Eine Lieferung dänischen Dorschs, zubereitet als Kochfisch und Brotaufstrich, hatte über die Hälfte des Personals vergiftet. Mehr als dreißig Schwestern, der Gärtner, acht Hausangestellte und zwei Hausdiener lagen im Bett, nur 32 Angestellte blieben verschont – unter ihnen die Oberin.²⁸⁴

Froh, dass sie „völlig gesund bleiben durfte in all dem Durcheinander“, obwohl sie ebenfalls „kräftig von allem gegessen“ hatte, schob die

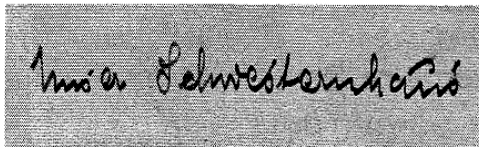
Oberin die Erkrankungen auf die allgemeine Schwäche der Schwestern:

„Ich kann mir die Anfälligkeit unserer Schwestern nur so erklären, daß sie aus einer gewissen Arbeitsüberlastung so groß wurde, die zum ersten in der verstärkten Arbeit durch die Urlaubszeit besteht, und zum zweiten in der Entwanzung, die gerade in den 8-10 Tagen vorher auf allen Stationen durchgeführt worden war und bei der die Schwestern viel, besonders viel körperliche Arbeit in der vergasteten Luft auszuführen hatten.“²⁸⁵

Zwölf Stunden hatte der Fisch im „Amt für Handel und Versorgung“ gelegen, wo man sich angesichts der Kostbarkeit nicht rasch genug für den Ort seiner Verwendung entschließen konnte. Als man ihn für das Krankenhaus freigegeben hatte, war ein Teil bereits sichtbar verdorben, den anderen aber hatte das Küchenpersonal „noch für durchaus genießbar“ gehalten.²⁸⁶

Zu jenem Zeitpunkt hatten die Schwestern eine weitere schwerere „Kost“ zu verdauen. Als die Diakonischwestern am 1. April 1947 das 30-

jährige Bestehen des Diakonieseminars feierten, beglückwünscht von der Landesgesundheitsverwaltung in Halle, namentlich von Dr. Erwin Jahn²⁸⁷, waren die Tage ihres Domizils gezählt: Am 11. April 1947 wurde das Heim beschlagnahmt. Auf Geheiß des Majors Klykow, Inspektor für das Gesundheitswesen bei der Bezirkskommandantur, hatten 55 Schwestern und Schülerinnen sämtliche Zimmer des Schwesternhauses zu räumen - binnen drei Tagen.²⁸⁸



Weil das Haus künftig eine russische Poliklinik mit zehn Betten aufnehmen sollte, schickte man die Schwestern in das viel kleinere, noch dazu etwas weiter vom Krankenhaus entfernt liegende, frühere Domizil der Kommandantur in der Christianenstraße.²⁸⁹ Eingaben von Oberbürgermeister und Chefarzt folgten prompt, doch sie blieben ungehört. So drohte Oberbürgermeister Ernst Graul, der sich nur ein Jahr später gegen die Schwestern wenden sollte, gegenüber der Sowjetischen Militäradministration (SMA) in Halle, er könne diese Angelegenheit auch „höheren Kirchen-Dienststellen zum Zwecke der Erledigung mit der OSMA in Berlin-Karlshorst“ übergeben: „Das Schwesternhaus ist als ein zur konfessionellen Einrichtung gehörendes Gebäude zu betrachten“²⁹⁰.

Noch am Ende des Jahres hatte sich nichts bewegt, weshalb der Vorstand des Diakonievereins die „unmöglichen Unterbringungsverhältnisse der Schwestern“ im vollkommen überfüllten Haus beklagte und bei den Stadtbehörden Merseburgs mit der Bitte vorstellig wurde, „jede Gelegenheit zu ergreifen, das Schwesternhaus für

seine eigentliche Bestimmung zurückzugewinnen“. Oberin Elli Schulze, näher dran am Geschehen, hatte allerdings schon im April die Hoffnungen schwinden sehen und in einem Brief nach Berlin eingeräumt,

„...so müssen wir uns wohl für die nächsten Jahre doch mit dem Christianenhaus trösten und behelfen, der Name ‚Schwesternhaus‘ soll für unser richtiges Heim im Krankenhausgelände bleiben, ‚Christianenhaus‘ nennen wir unsere neue Wohnung in der Christianenstraße“²⁹¹.

Im Dezember richtete der Krankenhausdezent tatsächlich ein Schreiben an die SMAD in Karlshorst, in dem er das Schwesternhaus unmissverständlich zurückforderte.²⁹² Ein Ärgernis für Major Klykow, der auf die Schwestern ohnehin nicht gut zu sprechen war: Entgegen seiner angeordneten Übergabe des Hauses mit samt Inventar, hatten diese während des Umzuges Arzneimittel, Verbandstoffe, Geräte, Geschirr sowie Teile der Inneneinrichtung heimlich fortgeschafft. Eine Aktion, die den Akten zufolge einen Strafbefehl über 200 RM nach sich gezogen hat. Doch nicht nur das. Die heimliche Aktion könnte zum Wunsch der SMA beigetragen haben, das Diakonieseminar in Merseburg möglichst bald zu schließen und dem Diakonieverein damit die Existenzgrundlage vor Ort zu nehmen. Major Klykow habe, so mutmaßte wenig später selbst die Magdeburger Oberin Asta von Lindeiner, „aus irgend einem unerfindlichen Hassgefühl heraus Frau Serkowa [Chefin des Gesundheitsdienstes der SMA Halle] so beeinflusst (...) daß man Merseburg zu einer freien Krankenpflegeschule machen (will)“.²⁹³ Der Hass des russischen Kommandanten und seine auf Merseburg gerichteten Bestrebungen dürfte auf die Verweigerungshaltung der Schwestern zurückzuführen sein.

„Eventuell würde aber auch gerade unsere Schule ganz geschlossen.“

Das Scheitern der ersten „Freien Schule“

Dem Krankenhaus gegenüber, ein Stück von der Straße weg im Grünen, lag die Villa Gerichtsrain 1. Dieses einstige Wohnhaus des Direktors der ehemaligen Landesversicherungsanstalt, nach dem Krieg von einem sowjetischen General in Beschlag genommen, sollte das Blatt wenden. Weil dem General das Haus zu geräumig geworden war, durfte Oberbürgermeister Graul dieses den Schwestern als „Weihnachtsgeschenk“ übergeben. Der Oberin erschienen die „sehr großen und ineinandergehenden“ Räume zunächst als „unzweckmäßig“. Sie fürchtete außerdem, dass für die notwendige Dachreparatur, „wenn wir evtl. das Material zusammenbekommen sollten, es an Handwerkern fehlen wird“. Doch der schöne Garten und die Nähe zum Krankenhaus wogen „alle Schwierigkeiten“ auf.²⁹⁴



Die Villa Gerichtsrain 1, später viele Jahre Säuglingsklinik, war 1947–1951 das Domizil der Diakonieschwestern.

Schon im Frühjahr 1948 konnten die Schwestern das Gebäude in unmittelbarer Nachbarschaft zu ihrem ursprünglichen Domizil beziehen. Dieses gaben die Besatzer nun ebenfalls frei, jedoch nicht für die Schwestern. Mit die-

sem Gebäude sollte der Befehl zur Gründung einer Allgemeinen Städtischen Poliklinik verwirklicht werden. Die Rückgabe des Hauses an die Schwestern war damit vereitelt.²⁹⁵

Mit der neuen Villa ließ es sich leben, und glücklich stimmte die Schwestern, dass im Januar 1948 die Krankenpflegelehranstalt für 25 Schülerinnen zwischen 18 und 33 Jahren bestätigt worden war. Doch die Freude war auch hier getrübt. Rasch spürten die ihres angestammten Domizils dauerhaft verlustig gegangenen Schwestern ein beständiges Misstrauen der neuen Herren. Unmissverständlich wurde deutlich: Die Besatzungsmacht und in der Folge auch die deutschen Organe gingen daran, die Schwestern gefügig machen zu wollen und sie ihres Diakonieseminars, einer ihrer Existenzgrundlagen vor Ort, auch inhaltlich zu berauben.²⁹⁶

Inwieweit Versuche Gestalt annahmen, die Schwestern des Evangelischen Diakonievereins insgesamt aus Sachsen-Anhalt zurückzudrängen, erfuhr Oberin Schulze bei ihrem Besuch der Landesregierung in Halle im April 1948. Von der „geschwätzigen Sekretärin“ des eben vom neuen Minister für Arbeit und Sozialpolitik, Dr. Ludwig Mecklinger, bezogenen Büros brachte sie in Erfahrung, dass man hier eifrig über die künftigen Schülerinnenkontingente in Sachsen-Anhalt diskutierte. Acht Pläne waren bis dahin verworfen worden und der neunte war „auch noch nicht endgültig“, doch so viel wurde klar: Die Schwestern des Evangelischen Diakonievereins, die bislang ein Viertel aller

Betten in Sachsen-Anhalt betreut hatten, sollten von ihrer Position verdrängt werden.²⁹⁷

„Sie tat recht wichtig und gescheit“, schrieb Oberin Schulze nach Berlin-Zehlendorf über die mit den Zahlen jonglierende Vorzimmerdame, die ihr „bereitwillig Auskunft“ über das zuletzt in Aussicht genomme 800 Plätze umfassende „Schwesternschülerinnenkontingent“ für Sachsen-Anhalt gab,

*„davon 600 freie und 200 konfessionelle Schülerinnen; [betreffend EvDV:] Wittenberg 30, Magdeburg 30, Merseburg 20, aber wahrscheinlich nur freie! Eventuell würde aber auch gerade unsere Schule ganz geschlossen. Ich hatte den Eindruck, sie war gutmütig-redselig, schwätzte noch eine ganze Weile und hörte auch interessiert zu...“*²⁹⁸.

Die Sowjetische Militäradministration (SMA) strebte zu jenem Zeitpunkt sogar die Reduzierung der konfessionellen Schwesternschülerinnenplätze des EvDV auf neunzig Plätze in Sachsen-Anhalt an. Dr. Mecklinger machte gegenüber der nach Zehlendorf berichtenden Oberin keinen Hehl daraus, dass die Schule in Merseburg eventuell ganz geschlossen werde: „...nach dem Nenner, auf den die Russen gern alles brächten: konfessionelles Haus = konfessionelle Schule (z.B. Wittenberg); Städtisches Haus = freie Schule (z.B. Magdeburg, Merseburg)“. Dabei räumte Mecklinger ein, die SMA habe seinen Vorschlag verworfen, die konfessionellen Schulen unabhängig von den „Freien Schulen“ ausbilden zu lassen.²⁹⁹

Der künftige Gesundheitsminister der DDR, der sich bei seinen Entscheidungen hinter den Anordnungen der SMA verschanzte, legte nun sein Bestreben dar, die konfessionelle Schwesternschule in verkleinerter

Form zur „Nachausbildung“ freier Schülerinnen bestehen zu lassen. Oberin Schulze empörte sich darüber später gegenüber ihrem Vorstand:

„Als wenn man nicht überall die Absicht merkte, Kuckuckseier in gute Nester zu legen und zugleich von guten Brütern, Unterrichts- u. Stationschwestern sachgemäß ausbrüten zu lassen!“

Wiederholt bedauerte Dr. Mecklinger die „Einstellung der SMA“, gegen die er „leider nichts ausrichten könne!“ In diesem Zusammenhang fiel der Name Klykow, der der Oberin „doch gut bekannt sei...“³⁰⁰.

Hellhörig nahm Oberin Schulze auch das „verschiedentlich“ geäußerte Lob des jungen Regierungsmannes über die „ausgezeichnete Schulung und Examensleistung gerade des EvDV“ zur Kenntnis und berichtete erleichtert nach Berlin:

*„Jedenfalls möchte ich seine Haltung nach diesem 1. Zusammentreffen nicht als ‚böseartig‘ bezeichnen, wenn er anscheinend auch noch immer ein gutes Werkzeug der SMA und SED ist. (...) Herr Dr. M. ist noch sehr jung, anscheinend nicht dumm, dafür wahrscheinlich aber sehr ehrgeizig und von großem Geltungsbedürfnis erfüllt, auch nicht frei von Eitelkeit“*³⁰¹.



Eine der letzten Examensgruppen des Diakonieseminars mit Oberin Heinzmann (1948).

Doch die Hoffnung währte nicht lange. Keine vier Wochen später sah sich Oberin Schulze vor vollendete Tatsachen gestellt. Auf „Veranlassung der SMA und Anordnung der Landesregierung“, wie es hieß, war die Krankenpflegeschule Merseburg rückwirkend von der letzten Frühjahrseinstellung (1. April) an nur noch für „freie Schwestern“ mit einer „freien Unterrichtsschwester“ zugelassen. Die konfessionelle Schule hatte dem Schreiben zufolge keine Ausbildungsberechtigung mehr³⁰².

Oberin Elli Schulze, mancherlei Differenzen zwischen den deutschen Verwaltungsorganen und der Militäradministration vermutend, glaubte die Verfügung ignorieren zu können. Unter Berufung auf die erst im Januar erteilte Zulassung seitens der SMA und den mit der Stadt bestehenden Vertrag, auch profitierend von der überstürzten und unvorbereiteten Situation, in der eine „freie“ Unterrichtsschwester ohnehin nicht sofort eingesetzt werden konnte, forderte sie für alle Schülerinnen das Stationsgeld bei der Stadt Merseburg an und ließ alles „wie bisher weiterberechnen und laufen“³⁰³. Nerven bewahrte sie auch, als die Kreiskommandantur zum wiederholten Male die Personalien sämtlicher Schülerinnen und Lehrkräfte überprüfen ließ. Die Verfügung der Landesregierung erwähnte sie dabei „mit keinem Wort“ und es wurden zu ihrer Erleichterung auch „keine diesbezüglichen Fragen“ gestellt³⁰⁴. Stadtverwaltung und Chefarzt Dr. Küstermann hielten sich währenddessen bedeckt. „Leider ist unser Chefarzt in dieser neuen Situation wieder - wie immer - in Stillschweigen gehüllt“, klagte Oberin Schulze nach Berlin,

„anscheinend aus Angst, bei einem offenen Wort gleich nach Sibirien abtransportiert zu werden. So korrekt und ordentlich er auch sonst als behandelnder Arzt und als Röntgenologe ist, so

*schwer ist es immer wieder, bei größeren Entscheidungen mit ihm zusammenzuarbeiten. Man muß immer fürchten, daß er, um seine eigene wertige Person in Sicherheit zu bringen, viel Unsinn anstellen kann“*³⁰⁵.

Das Jahr ging in gewohntem Gang zur Neige. Im Juni und im November beging die Schwesternschaft einen Bezirkstag in Merseburg, zu dem Diakonieschwestern aus allen Arbeitsfeldern eintrafen und geistlich gestärkt wurden. Dabei hielt im Frühsommer Pastor Werner Bellardi ein Referat über die „geistige Situation unserer Zeit“, woran im Anschluss die Schülerinnen im „herrlichen Garten“ des „wunderschönen Schwesternhauses“ Lessings „Minna von Barnhelm“ aufführten: „eine ganz ausgezeichnete Leistung“, wie der Pastor schwärmte³⁰⁶. Natürlich war das seit dem 1. April infrage gestellte Diakonieseminar das alle bewegende Thema dieser Tage. Pfarrer Bellardi wusste im Anschluss von „mancherlei Diskussion“ in den Kreisen der politischen Parteien zu berichten, auch, dass Krankenhausdezernent Enke (CDU) in ein „politisches Kesseltreiben“ geraten war, in dem es vermutlich darum ging, die CDU-Stadträte zu Fall zu bringen. Wenigstens, so Bellardis Einschätzung, durchschaue nun Dr. Küstermann den „politischen Hintergrund und Vorgang“, fühle sich in seiner Ehre angegriffen und habe eine „festere Haltung“ gewonnen³⁰⁷. Doch auch die „große Politik“ beschäftigte die Schwestern. Dem „Stimmenfang“ des propagandistischen SED-dominierten Volkskongresses „Einheit und gerechter Frieden“ in jenen Tagen hatten sie sich mehrheitlich verweigert, was die Besatzungsmacht als weiteren Affront wertete. Doch bereits in Zeiten des NS-Regimes war es dem Vorstand ein Anliegen, dass sich die Schwestern möglichst nicht im Sinne einer Partei betätigten.³⁰⁸

„Mehrfach wurde ich auf die schweren Gewissenskonflikte, in die das Volksbegehren unsere Schwestern gebracht hat, angesprochen“, berichtete der 45-jährige Pastor Bellardi nach Zehlendorf:

*„In Merseburg ist bei der Einzeichnung durch die objektive und energische Haltung von Frau Oberin Schulze tatsächlich eine gewisse Freiwilligkeit bewahrt worden. Es haben nur einzelne Schwestern, aber das gesamte zivile Personal unterschrieben“*³⁰⁹.

Auch eine Einschätzung der geistlichen Situation vor Ort erfolgte nach einer jeden Bezirksreise. Demnach machte die Schwesternschaft auf Pfarrer Bellardi im Sommer 1948 einen „sehr guten, geschlossenen Eindruck“, wenngleich die Bibelarbeit das Fehlen einer „guten geistlichen Führung“ erkennbar werden ließ: Der siebzigjährige Seminarpfarrer Paul Riem, der ans Aufhören nicht denken wolle, könne der Schwesternjugend mit ihren „bewegenden Fragen der Zeit“ nicht mehr das rechte Verständnis entgegenbringen.

Neu war diese Erkenntnis nicht: Bereits zwei Jahre zuvor hatte die Nachfolgerin Dr. Gerhard Kehnscherpers, Vikarin Christine Bourbeck (1894-1974)³¹⁰, über eine Bibelstunde mit Pastor Paul Riem kritisiert, er nehme die Gebote durch, „weiche aber so weit vom Thema ab, dass man nichts mehr von einer Bibelstunde merke“³¹¹.

Das Engagement der Pfarrer vor Ort bot wiederholt Anlass zur Kritik. Fehlende Aktivitäten wirkten sich negativ auf die Jungschwes-

tern aus, insbesondere im Herbst 1948, als die „wirtschaftliche und kirchliche Problematik“ unter ihnen eine „gewisse Unruhe“ ausgelöst hatte. Weil laut Bellardi einzelne Schwestern in „starker Kritik zur Kirche“ standen, schien in der Pfarrerfrage eine neue Lösung immer dringlicher. Insbesondere die Krankenhausgottesdienste ließen ihrer „unmöglichen Form“ wegen zu wünschen übrig³¹².

Bedauert wurde auch der interne Wechsel der Unterrichtsschwestern. Schwester Ursula von Dewitz (1918-1991), die spätere Vorstandsoberrin, hatte „mit besonderem Geschick ihr Amt versehen“³¹³. Zum Chefarzt Dr. Küstermann lautete die Einschätzung Bellardis, er mache „menschlich einen unsicheren und unfreien Eindruck. Bei aller positiven Einstellung zu unserer Schwesternschaft dürfte er im Konfliktfalle unseren Schwestern keine besondere Hilfe sein“. Wie der Verwaltungsbeamte Seibicke, werde auch der Chefarzt „in bewusster Abhängigkeit gehalten“³¹⁴.

Ebenfalls nicht förderlich wirkte es sich aus, dass Oberin Elli Schulze im August 1948 in die Verwaltungsarbeit nach Zehlendorf beordert wurde. Die Bitte des Schwesternkreises, Schwester Elli doch in Merseburg zu lassen, lehnte Vorstandsoberrin Hanna Erckel (1900-1972)³¹⁵ ab: „Es ist ja nun immer eine Freude, wenn die Schwestern zu ihrer Oberin stehen, aber an dem Entschluss kann die Bitte freilich nichts ändern...“. Oberin Schulze, vertreten durch Schwester Lydia Gröschel (1904-1981) aus Halle, blieb der Merseburger Schwesternschar bis zum Ende des Jahres fern.³¹⁶

„Die armen Dinger können uns schon leid tun.“

Erste „freie“ Schülerinnen in Merseburg

Das Jahr 1949 sollte das Ende der evangelischen Schwesternausbildung in Merseburg besiegeln. Im Frühjahr überraschte Oberin Elli Schulze ein Schreiben Dr. Mecklingers, wonach zum 1. April wegen der „besonderen personellen Notlage innerhalb des Krankenpflegeberufes“ das Schülerinnenkontingent von 25 auf 45 erhöht werden sollte. Mehr noch: Dieser Schritt galt als Zwischenlösung auf dem Weg zu großen „freien“ Krankenpflegesschulen mit siebzig bis achtzig Plätzen, mit welchen die Krankenpflegeausbildung zu einem eigenständigen Zweig reformiert werden sollte. Wenn auch von der Schwesternschaft ignoriert, war doch die evangelische Krankenpflegeschule bereits seit einem Jahr geschlossen; die Erhöhung der Schülerinnenzahl bezog sich folglich nur auf die einzurichtende „freie“ Schule.³¹⁷ Oberin Schulze erteilte auch diesem Plan eine Absage. „Platz- und Inventarmangel“, sowie die alte Rechnung zehn Betten = eine Schülerin, ließen aus ihrer Sicht keinen Handlungsspielraum, wobei neben diesen angegebenen sachlichen Gesichtspunkten grundsätzliche Erwägungen eine Rolle gespielt haben dürften. Krankenhausdezernent Enke (CDU) stimmte ihr bei und lehnte die Reform ab.³¹⁸ Die Hauptabteilung Gesundheitswesen der Landesregierung, namentlich Dr. Mecklinger, setzte die Stadt wegen dieser Absage unter Druck und spaltete die Gemüter. So richtete Mecklinger an Oberbürgermeister Ernst Graul ein Schreiben, demzufolge er in der Absage Enkes „nicht die einheitliche Stellungnahme des Rates der Stadt Merseburg erblicken“ wollte³¹⁹. Die gel-

tend gemachten Einwände seien nur richtig, wolle man den bisherigen Modus innerhalb der Krankenpflegeausbildung als den einzigen richtigen ansehen, doch, so erläuterte Mecklinger,

„die Reform der Krankenpflegeausbildung, wie sie in allernächster Zeit Gegenstand rechtsverbindlicher Anordnungen der DWK [Deutsche Wirtschaftskommission] sein wird, ist notwendig geworden, da zweifellos ein großer Teil der Krankenpflegeschülerinnen in vielen Krankenhäusern zur Hauptsache als billige Arbeitskräfte tätig waren. Die verantwortlichen Fachbehörden verkennen in keiner Weise die Notwendigkeit und den absoluten Wert der praktischen Krankenpflegeausbildung, müssen aber den größten Wert auf eine bessere Fundierung und Erweiterung des theoretischen Wissens und Allgemeinwissens legen.

Die Bedeutung der Krankenpflege innerhalb jeder Gesundheitsfürsorge und aller krankheitsbekämpfender Maßnahmen verlangt eine Verbreiterung des fachlich-theoretischen Ausbildungsniveaus, was selbstverständlich nur in einem ordentlichen, der theoretischen Schulung genügend Raum gebenden Schulbetrieb möglich ist. Die Bedeutung der Krankenpflegeausbildung verlangt die Gewährleistung einer einheitlichen Ausbildungsform, wozu die Vielzahl der kleinen Schulen im Gegensatz steht.

Es ist deshalb die Errichtung von großen Krankenpflegesschulen mit mindestens 70 bis 80 Plätzen vorgesehen. Dabei soll die praktische Tätigkeit der Krankenpflegeschülerinnen in zwei Schichten zu je 6 Stunden erfolgen. Der Lehrplan für die theoretische Ausbildung wird in seinem fachlichen Teil nicht

*nur erweitert, sondern soll einen zusätzlichen Unterrichtsstoff in Chemie, Physik und anderen allgemeinbildenden Fächern aufnehmen*³²⁰.

Unverhohlen drohte Dr. Mecklinger mit der kompletten Schließung der Krankenpflegeschule, sollte die Stadt auf ihrem Standpunkt beharren. Die künftige Großschule sei als eine „Auszeichnung“ für das Krankenhaus zu betrachten.

Oberin Schulze berief sich weiterhin auf den noch immer bestehenden Vertrag zwischen dem EvDV und der Stadt Merseburg, während Stadtrat Enke auf eine Mehrheitsentscheidung der Stadtverordneten zugunsten der 25 Plätze fassenden Krankenpflegeschule durch „Überrumpelung“ der SED-Mitglieder hoffte. Damit konnte sich die Oberin ein weiteres Mal gegen den Willen der Landesregierung durchsetzen.

Dass allerdings die Dinge auf Landesebene längst entschieden waren, demonstrierte ein Aufruf in Presse und Rundfunk. Auch Lichtbildwerbungen in den Kinos von Sachsen-Anhalt machten seit August 1949 auf den Krankenpflegeberuf aufmerksam – und sie verfehlten die erhoffte Wirkung nicht. Bis Anfang Oktober meldeten sich 700 junge Frauen für den Krankenpflegeberuf.³²¹ Ähnliche Formen der Propaganda hatten die Diakonieschwestern wenige Jahre zuvor zum Zwecke der Gewinnung von NS-Schwestern hinnehmen müssen.³²²

Aufruf Mädchen und Frauen

Der Beruf der Krankenschwester gewinnt durch die Verbesserung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung immer mehr an Bedeutung. In Polikliniken, Betriebsarztstellen, Krankenhäusern und andern Einrichtungen des Gesund-

heitswesens könnt ihr durch die Arbeit in der Krankenpflege einen großen Teil zur Hütung und Verbesserung der Volksgesundheit beitragen. Entscheidet Euch deshalb für diesen schönen Beruf, der durch seine besondere Eigenart wie kaum ein anderer als Frauenberuf gelten muß. – Die 2-jährige kostenlose Ausbildung erfolgt in den Krankenpflegeschulen unseres Landes Sachsen-Anhalt. Aufgenommen werden Frauen u. Mädchen im Alter von 18 – 35 Jahren. Anmeldungen sind an das zuständige Gesundheitsamt zu richten, das außerdem Auskünfte erteilt.

Eine Verfügung der Landesregierung vom 2. August 1949 wiederholte die Anordnung, die ein Jahr zuvor erlassen worden war: Das Diakonieseminar war in eine „freie Krankenpflegeschule“ umzuwandeln, die konfessionelle Schwesternausbildung untersagt.

Jetzt reagierte der Direktor des EDV, Pfarrer Fritz Mieth.

Mieth, der in diesem Beschluss eine Annäherung sah, verwies auf bestehende Verhandlungen zwischen dem Zentralausschuss für die Innere Mission und der Hauptverwaltung für Gesundheitswesen in Berlin. Diese hätten zu dem vorläufigen Ergebnis geführt, den Landesregierungen die Einmischung in den bisherigen Status der konfessionellen Krankenpflegeschulen zu untersagen und die Regelung dieses Fragenkomplexes ausschließlich der Hauptverwaltung für Gesundheitswesen in Berlin zu überlassen.³²³

Doch siegesicher begannen sich die Führungskräfte der Stadt Merseburg auf eine Zeit ohne konfessionelle Schwestern vorzubereiten. Oberbürgermeister Graul (SED) zeigt sich unter dem wachsenden Einfluss der Partei immer unversöhnlicher³²⁴. Seiner klaren Position im Sinne der SED entsprachen seine nun folgenden Sticheleien gegen die Diakonieschwestern.

Ins Visier geriet zunächst der wichtige Posten der Küchen- und Wirtschaftsschwester: Schwester Irmgard Conrad, ein Jahr zuvor für ihr Geschick gelobt, welches die „wirtschaftliche Versorgung der Schwestern (...) recht befriedigend“ gestalte, sollte aus ihrem Bereich vertrieben werden. Den hinterlistigen Rauswurf aus den Diensten der Stadt, angeblich wegen eines „Vergreifens im Ton“, bat der EvDV jedoch zu überdenken,

„weil eine Schwester an so wichtigem Posten, die ihre Arbeit gewissenhaft und ohne sachliche Beanstandung geleistet hat, (...) nicht wegen des Tones versetzt werden (kann), ohne daß mehrfache Verwarnung vorausgegangen ist. Zu uns ist aber bisher keine Klage gekommen (...) Im übrigen möchten wir auch unsererseits noch einmal ganz ernstlich auf die Konsequenzen des Schrittes hinweisen, die Versorgung der Küche aus der Hand der Schwesternschaft zu nehmen. Wir sehen darin einen Vertrauensentzug und machen darauf aufmerksam, daß ein solcher Schritt fast immer zum Schaden der Kranken und der gesamten Arbeitsgemeinschaft des Hauses getan wird“³²⁵.

Neu war diese Methode dem EvDV nicht. Ein viertel Jahrhundert zuvor, am Anfang der Weimarer Republik, hatten die kommunistischen Abgeordneten im Magdeburger Stadtparlament den Vorwurf unwirtschaftlichen Handelns genutzt, um die Ablösung von Küchenschwester und Oberin zu betreiben. Dahinter stand der Wunsch, die christlichen Schwestern zu vertreiben³²⁶.

In Merseburg hatte sich die politisch beargwöhnte Schwesternschaft bald mit einem weiteren Ärgernis zu arrangieren, dem sie sich in ähnlicher Form bereits in den Jahren der NS-Diktatur ausgesetzt sah. Als Dr. Ludwig Mecklinger im Frühherbst durch die Delegie-

rung einer ersten „freien“ Schülerin in die Krankenpflegeschule Merseburg vollendete Tatsachen im Diakonieseminar schuf, musste das an die unberechtigte Einweisung von Schülerinnen durch die NS-Schwesternschaft erinnern. Merseburg konnte sich einem solchen Unterfangen damals erfolgreich zur Wehr setzen³²⁷.

Nun wurde eine junge Frau zugeführt, die pikanterweise wegen ihrer NSDAP-Mitgliedschaft (seit 1937) und Reichsarbeitsdienstführerschaft aus dem Krankenhaus Weißenfels entlassen worden war. Angesichts der ständigen Verdächtigungen und politischen Überprüfungen der Diakonieschwestern ein perfide anmutender Akt. Inzwischen war jene Schwester in der Freien Deutschen Jugend (FDJ) und im Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD) organisiert.

Es scheint, als hätte Dr. Mecklinger den Ehrgeiz, Merseburg zur ersten Großschule auf dem Gebiet der SBZ zu machen: Am 22. Oktober eröffnete eine auf 110 Schülerinnen konzipierte Großschule in Brandenburg, vier Wochen später eine Schule in Magdeburg³²⁸.

Oberin Schulze machte aus der Not eine Tugend, indem sie es für falsch hielt, sich gegen diese „Einweisung“ zu sperren. Das „Anhängen einer Schülerin durch die Regierung“, wie sie es nannte, tolerierte sie als „Anwesenheit einer Gastschwester“³²⁹.

Einen Tag vor der Gründung der DDR schuf eine Konferenz der Schwesternschulen von Sachsen-Anhalt Klarheit über das Wintersemester 1949/50. Obrigkeitlich abgesegnet durch eine Anordnung der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) vom 21. September 1949 erhöhte sich die Gesamtzahl der Schwestern in Merseburg ab sofort von zunächst 25 auf 55 - wohlgermerkt „freie Schwestern“.

„Die Lage ist nun die“, bemerkte Pfarrer Bellardi hierzu auf seiner Bezirksreise im Oktober 1949, „daß die bereits vor 1 ½ Jahren geschlossene Krankenpflegeschule zum 1.10. erneut geschlossen worden ist“³³⁰.

Während der Direktor des Diakonievereins, Pfarrer Mieth, auf einen baldigen Protest der Gliedkirchen insbesondere in Sachsen-Anhalt hoffte, waren die Verhandlungen zwischen Kirche und Staat nahezu abgeschlossen. Daher glaubte Dr. Mecklinger dem Oberbürgermeister Graul zur Kündigung des Vertrages mit dem Diakonieverein raten zu können: Die Anordnung der DWK stehe über dem alten Vertrag.³³¹

Oberbürgermeister Graul, der einen „Krach mit dem Diakonieverein“ scheute, bevorzugte es, weiterhin verdeckt gegen diesen zu Felde zu ziehen und ihn dadurch zur Aufgabe zu zwingen. Auch Dr. Küstermann, der sich ganz auf die Seite der Regierung gestellt zu haben schien, scheute sich vor einer offenen Auseinandersetzung mit den Schwestern und verlangte vom Krankenhausdezernenten Enke eine Stellungnahme zur weiteren Verfahrensweise, insbesondere hinsichtlich der zuletzt aufgenommenen Schülerinnen. Während Stadtrat Enke wegen der nun auf die Stadt zukommenden finanziellen Belastung eine Revision des Planes im Sinne des EvDV erhoffte³³², erklärte der Arztsohn Küstermann seine Sympathie für die in Halle gefällte Entscheidung, die Folgendes vorsah: Die achtzehn konfessionellen Schülerinnen vom 2. bis zum 4. Semester sollten zwar zum Examen geführt, die zuletzt im September aufgenommenen acht jungen Mädchen aber entlassen werden. Wegen dieser Entlassungen glaubte Dr. Küstermann der Zuweisung der „freien“ Schülerinnen „mit einigermaßen Ruhe“ entgegensehen zu können. 26 Plätze stünden für sie schon bald im Schwesternhaus zur Ver-

fügung, nur 29 Schwestern müssten extern untergebracht werden.³³³

Eindeutig befürwortete der Chefarzt, dass der Unterricht künftig nicht mehr eine Art „unliebsame Unterbrechung der praktischen Betätigung am Krankenbett“ sei, vielmehr theoretische und praktische Ausbildung einer Lernschwester sich etwa die Waage hielten. Natürlich sah er mancherlei Schwierigkeiten auf den Betrieb zukommen, zumal den Schwesternschülerinnen künftig täglich mindestens vier Unterrichtsstunden zustanden und sie für den Stationsdienst nur noch als Halbtagskraft infrage kamen. Unter der angestrebten 48-Stundenwoche sollte der Dienst von frühmorgens 7 Uhr bis abends 20 Uhr der Vergangenheit angehören.³³⁴

Ob Dr. Küstermann politisch nicht nur klein beigab, sondern tatsächlich auch von dem neuen Unterrichtsmodell überzeugt war, muss dahingestellt bleiben. In der ein Jahr später etablierten „Medizinischen Fachschule“ sah der Unterricht allerdings wieder geringfügig anders aus: Einem einjährigen theoretischen fachkundlichen und gesellschaftswissenschaftlichen Unterricht mit Staatsexamen folgte ein praktisches Jahr in den verschiedenen Krankenhausabteilungen. Erst danach erfolgte die Anerkennung als Krankenschwester. Mittel- und Oberstufenlehrgänge dienten der Weiterqualifizierung der Schwestern. Wegen Defiziten in der Praxis änderte man 1954 die zweijährige Ausbildung nochmals dahingehend, theoretische und praktische Ausbildung wieder enger miteinander zu verzahnen: drei Tage in der Woche galten dann dem theoretischen Unterricht, die übrigen drei Tage der praktischen Ausbildung auf den Stationen.³³⁵

Anfang November 1949 trafen die „freien“ Schülerinnen ein; „sehr enttäuscht“ über ihren Empfang, wie die Oberin über die mangelhafte Vorbereitung des neuen Kurses nach Zehlendorf berichtete. Elli Schulze hatte den Mäd-

chen klarzumachen, dass die Diakonieschwestern ein „ausdrückliches Verbot“ hätten, sich um sie zu kümmern bzw. sie zu unterrichten: „Von der Zusammenarbeit auf der Station sind sie begeistert, aber mit allen anderen Dingen sind sie sehr unzufrieden, und mit Recht. Die armen Dinger können uns schon leid tun. Es ist eine Reihe netter Mädels darunter.“³³⁶ Allgemeine Unzufriedenheit herrschte den Worten der Oberin zufolge über die mangelnde Organisation von Seiten der Landesregierung als auch der Stadt Merseburg:

„2 Kleider hat zwar jede bekommen, aber – wie die Truppführerin der Gruppe bei einer Rücksprache (...) erfahren musste – sind Hauben und Schürzen vorläufig überhaupt nicht in Aussicht zu stellen. Auch über die Taschengeldregelung, Zimmerfrage usw. herrscht von der Stadt her noch völliges Dunkel. Die meisten Schülerinnen glauben nicht, daß sie den Winter in den ihnen zugewiesenen Zimmern aushalten können, zumal ihnen für den Winter nur ein Kohlenschein für ½ Ztr. Rohkohle zugesprochen wurde! Sie tragen sich einmütig mit dem Gedanken, wieder geschlossen abzurücken!“³³⁷

Erst Anfang Dezember 1949 nahm eine erste „freie“ Unterrichtsschwester ihre Arbeit auf: Erika Meißner, ehemalige Diakonieschwester und einstige Schülerin in Bitterfeld und Stettin. „...sie hat das Angebot angenommen, obwohl sie wußte, wer im Krankenhaus arbeitet“, wunderte sich die Oberin, die zugleich davon gehört hatte, dass Weißenfels die Patenschaft für Merseburg übernommen habe, und sich die dortige Unterrichtsschwester mit „Rat und Tat“ einschalten, evtl. auch mit Unterrichtsmaterial aushelfen wolle. „Die Situation ist keine ganz glückliche. Wir wollen abwarten, wie die Dinge sich weiter entwickeln“³³⁸. Die Wahl der ersten „freien“ Unterrichtsschwester war offenbar kein Zufall. Noch immer hoff-

ten die Machthaber auf einen Übertritt der Diakonieschwestern zu den „freien“ Kräften, vor allem unter den Schwesternschülerinnen. Wie der Fall Erika Meißner zeigt, ist das gelegentlich vorgekommen.

Während die an der Leistungsgrenze arbeitenden Schwestern ihres Nachwuchses beraubt waren, verzeichnete das Krankenhaus einen starken Andrang von Kranken. Monatlich wurden dank einer besseren Versorgung mit Ärzten bis zu 350 Operationen ausgeführt. Zeitweilig versorgte das Haus 200 Tbc-Kranke, für die die Zahl der Betten seit 1947 nahezu verdoppelt werden musste³³⁹. Positiv wirkte sich die Eröffnung einer Hals-, Nasen- und Ohrenklinik im November 1949 aus, obgleich sie mit ihren vierundzwanzig Betten von vornherein „auf einen zu kleinen Rahmen zugeschnitten“ schien³⁴⁰.

Zu jenem Zeitpunkt warf Major Klykow die Frage nach einer „freien Oberin“ auf, der die „freien“ Schülerinnen zu unterstehen hätten. Keine guten Aussichten für die Merseburger Diakonieschwestern. Am Ende des Jahres 1949 schrieb die Oberin: „Übrigens ist in der Stadt das Gerücht im Umlauf, daß wir weggehen“³⁴¹. Der ersten größeren Gruppe von „freien“ Schülerinnen, die am 1. November 1949 unter einer Truppführerin einzog, folgte am 15. November eine zweite Gruppe. Ob bei all den Anfangsschwierigkeiten als Eröffnungsdatum der „Freien Schule“ nun der 1. Oktober (Einweisung der ersten „freien“ Schülerin) oder der 1. November anzusehen ist, müsste eine mikrogeschichtliche Untersuchung der Eröffnung der Schulen in Brandenburg (22. Oktober 1949) und Magdeburg (21. November 1949) ergeben. Sollten die Anfänge dort ebenso wenig geordnet verlaufen sein wie in Merseburg, dann wäre die Merseburger „Freie Schule“ als die älteste, wenigstens wohl als die zweitälteste Großschule auf dem Gebiet der späteren DDR anzusehen.³⁴²

Mikrostudie:
Die Verdrängung der Diakonieschwestern, Teil II

1950

„...des öfteren Differenzen, welche eine gedeihliche Zusammenarbeit zunichte machen“.

Spießrutenlauf der Diakonieschwestern im SED-Staat

Die fünfziger Jahre gingen einher mit einer erneuten Politisierung des Alltags, nun mit stalinistischer Prägung. Die Entwicklung im Haus nahm eine klare politische Richtung, die den kompletten Abzug der konfessionellen Schwestern in Kauf nahm, sofern sich diese dem System nicht fügen würden. Während sich Bürgermeister und Chefarzte immer unversöhnlicher zeigten, schien den Schwestern einzig in Stadtrat Dr. Enke ein Fürsprecher geblieben zu sein. Der aber sah sich infolge der Bemühungen, die SED als Partei stalinistischen Typus zu etablieren, in zunehmender Weise selbst bedrängt.

De facto war die Krankenpflegeschule des Diakonievereins mit der Anordnung der Deutschen Wirtschaftskommission vom 21. September 1949 endgültig geschlossen und mit der Zuweisung einer ersten „freien“ Schülerin zum 1. Oktober 1949 vollendete Tatsachen geschaffen worden. Am 17. November 1949 verfügte die Landesregierung, dass nur noch das 2. bis 4. Semester zum Abschluss gebracht werden dürfe, sofern nicht die Schülerinnen des ersten Semesters zu den „freien“ Schülerinnen übertreten würden.³⁶⁹ Der EvDV willigte ein weiteres Mal nicht ein und führte auch die letzte kleine Schülerinnenschar von acht angehenden Schwestern weiter.

Zum wiederholten Male verweigerten sich die Schwestern einer Verfügung der Landesregie-

rung, in Abwartung der Verhandlungen, die zwischen dem Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche Propst Dr. Heinrich Grüber (1891-1975) und dem Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen geführt wurden. Erst im April war geklärt, dass alle vor dem 1. Januar 1950 aufgenommenen evangelischen Krankenpflegeschülerinnen ihre Ausbildung am Krankenhaus beenden durften.³⁷⁰

Dem Evangelischen Diakonieverein wurden nun 260 Ausbildungsplätze zugestanden, die sich - das stellt die Forschungsliteratur bislang fehlerhaft dar -, auf Arnstadt (40), Hagenow (40), Güstrow (40), Wittenberg (50), Mittweida (40), Weimar (20) und Magdeburg (30) bezogen. Die Diakonieseminare in Erfurt und Merseburg blieben künftig geschlossen.³⁷¹

Einfach hatten es die jungen Mädchen in den Monaten bis zu dieser Entscheidung im Frühjahr nicht. Von vielen Seiten angefeindet, verlangte noch im Februar 1950 auch der Oberbürgermeister deren Übertritt zu den „freien“ Schülerinnen. Oberin Elli Schulze stellte sich einmal mehr schützend vor die Schar, weil „die Schülerinnen gewählt hätten und der Diakonieschwesternschaft angeschlossen wären“.³⁷²

Bald machten Gerüchte vom Abzug der Schwestern die Runde, ohne dass diese einen solch gravierenden Schritt selbst thematisiert hätten. Dass die Ära der Diakonieschwestern



Examensgruppe 1949 mit Dr. Hans Küstermann (links), Dr. Walter Kuhne (rechts) und Unterrichtsschwester Inge Land (vierte von links).

ihrem Ende entgegen gehen würde, sofern sie sich dem politischen Diktat verschließen würden, stand jedoch täglich deutlich vor Augen, beispielsweise in den innerbetrieblichen politischen Schulungen, durch die der Arm der Diktatur weit in den Krankenhausalltag hineinlangte: An drei Tagen der Woche, jeweils für zwei Stunden, hatte künftig jeweils etwa ein Drittel der Schwestern an dieser „Fortbildung“ teilzunehmen. Wie reagierten die Diakonieschwestern auf diese Herausforderung?

Etliche Schwestern, allen voran die couragierte Oberin Elli Schulze, nahmen höchst selten oder gar nicht an den antichristlichen Schulungen teil, die vom Aufbau des neuen Systems nach dem Vorbild der Sowjetunion und ihres Führers Stalin kündeten.

Wiederholt führte die mangelhafte Teilnahme zur Auseinandersetzung mit Oberbürgermeister Graul. Dieser hatte die Schulungen zur Chefsache erklärt, deren Boykott „Sabotage einer Anordnung der DDR“ sei, die „auf keinen Fall geduldet“ werden könne. Die unbeugsame Oberin Schulze beteuerte indessen unablässig, die mit Arbeit überlasteten Schwestern zu diesen Veranstaltungen „nicht

zwingen“ zu können. Ganz anders der im Grund an Politik nur gering interessierte Arztsohn Dr. Küstermann. Der Chefarzt erklärte sich in einer Aussprache mit Graul „aus freien Stücken“ zur Überwachung bereit³⁷³.

Ein erster Bericht folgte einen Tag darauf.³⁷⁴ Wiederholt waren eine „ganze Reihe“ von Schwestern und Hausangestellten nicht zur Schulung erschienen, wobei dem eifrigen Ärztlichen Direktor aufgefallen war, „daß einzelne Schwestern sogar dreimal gefehlt“ hatten, was nach

seiner Ansicht „mit der laufenden Stationsarbeit nicht unbedingt entschuldigt“ werden könne. Dr. Küstermann ordnete eine Entschuldigungspflicht frühmorgens zwischen 8 und 9 Uhr an:

„Nur stichhaltige Gründe können anerkannt werden. Sollte es, insbesondere den Stationschwestern der operativen Stationen, nicht möglich sein, durch plötzlich auftretende Zwischenfälle auf Station die Schulung zu besuchen, so bitte ich zumindest, sich bis 14.30 Uhr beim Klassenältesten unter Angabe des Grundes zu entschuldigen. Ich mache darauf aufmerksam, daß von den Ärzten, die doch gewiß durch Nachtarbeit ebenfalls z.T. überarbeitet und müde sind, niemand bisher im Unterricht gefehlt hat und weise besonders darauf hin, daß Herr Oberbürgermeister Graul, wie er mir mitteilte, über die Schulungen auch im Krankenhaus der Landesregierung zu berichten hat“.

Mit einer daraufhin von den Stationschwestern aufgesetzten pfiffigen „Generalentschuldigung“, die auch für eventuelle spätere Versäumnisse gelten sollte, gaben sich weder Dr. Kü-

termann, noch der Oberbürgermeister, noch die Unterrichtsgestalter zufrieden. Im Gegenteil. Im Laufe des Jahres drohten Letztere an, die innerbetrieblichen Schulungen fortzusetzen, bis der Betrieb eine „einheitliche Front“ annähme. Für die Diakonieschwestern, die diese Veranstaltungen als einen Angriff auf „Kreuz und christliche Sitte“ werteten, ein nicht tolerierbares Unterfangen³⁷⁵.

Während Oberin Schulze beklagte, ihr fehle mit dem Oberbürgermeister „jegliche Verständigungsbasis“, bemühte sich noch einmal die aus Zehlendorf nach Merseburg abgesandte Referentin Gerda Hasting (1915-1990) darum, dem Stadtoberhaupt die Unmöglichkeit darzulegen, „als Christen den heutigen politischen Anforderungen gerecht zu werden“. Vieles lasse sich nicht mit der „inneren Einstellung“ vereinbaren. Die Auffassung des Verwaltungsleiters Fritz Utecht, „daß der Frieden der Welt und der Wiederaufbau Deutschlands nur durch die eigene Kraft zu bewerkstelligen sei“, konnte sie ebenfalls nicht teilen. Anschließend berichtete die Schwester nach Berlin: „Sie ließen beide wohl meine Meinung gelten, konnten aber natürlich nicht beipflichten“³⁷⁶.

Der Argwohn der staatlichen Kräfte nahm immer größere Ausmaße an. So reichte die Kontrolle der Diakonieschwestern bis an den Mittagstisch heran, der dank Einführung einer Zusatzkarte besser gedeckt werden konnte.³⁷⁷ An einem Sonntag im Februar inspizierten Vertreter des Ernährungsamtes den Schwesternsaal, wobei „die Schwestern – meist Freie – gefragt (wurden), ob sie satt würden“, wie die Referentin Gerda Hasting empört nach Zehlendorf berichtete: „Man wollte wohl sehen, ob die freien Schwestern dasselbe zu essen bekämen wie die Diakonie-Schwestern“³⁷⁸.

Das gesamte Jahr waren die Schwestern den Anfeindungen der neuen Machthaber und ih-

rer Befürworter ausgesetzt. Entspanntere Phasen vermochten nicht über die bestehenden Konflikte hinwegzutäuschen. So konnte Ursula von Dewitz (1918-1991) nach einer Reise zu ihrer früheren Arbeitsstätte nur bedingt von einer entgegenkommenderen Haltung der Verwaltung und einiger Ärzte gegenüber den Diakonieschwestern berichten:

„Herr Oberarzt Dr. Nagel, der Mitglied der BGL [=Betriebsgewerkschaftsleitung] ist und sich im Frühjahr ja durchaus nicht wohlwollend den Diakonieschwestern gegenüber gezeigt hatte, sagte mir, daß die BGL zur Zeit völlig inaktiv sei und es zu keinen Gehässigkeiten mehr gekommen sei, worüber sie alle sehr froh wären. Richtiger würde man wohl sagen, daß all dem gehässigen Gerede und Lügereien nicht mehr die Bedeutung beigemessen wird, und man darüber hinweg geht, weil zur Gewohnheit geworden. So hing z.B. im Aushangkasten das Bild von Frau Oberin Bruns und mit großer Schrift u. Ausrufezeichen darunter: Und unsere Diakonieschwestern!!!“³⁷⁹

Sollte dies eine Anspielung auf die 1932 verstorbene Oberin Marie Bruns sein, die Anfang des Jahrhunderts Leiterin einer Göttinger Privatklinik gewesen war und diese in enger Bindung an den Evangelischen Diakonieverein führte, später aber aus dem Diakonieverein austrat, weil er ihrer Vorstellung von Frauenförderung nicht entsprach? Möglicherweise sollte die Anspielung auf die einstige Oberin des Bezirks Göttingen die Diakonieschwestern zum Übertritt zu den „freien“ Schwestern ermutigen.³⁸⁰

In Merseburg, wo man offenbar nichts unversucht ließ, die Diakonieschwestern zu verunglimpfen, konnte man sich an derlei Geschichten erwärmen und die Fäden weiterspinnen. Es sei „jetzt allgemein bekannt, daß manches Gerücht auf Unwahrheit beruht und darum ver-

liert es an Bedeutung“, so Schwester Ursula von Dewitz über die Situation, in der „fortgesetzte kleinere und größere Intrigen“ von den verschiedensten Seiten die Schwestern „mürbe“ machen sollten. Gerda Hasting vermutete sogar, die inzwischen eingestellte freie Schulschwester sei „anscheinend in der Hauptsache dazu da, die Diakonieschwestern zu beobachten und sie im ganzen Hause schlecht zu machen“³⁸¹.

Doch auch die Stimmung in der von den Diakonieschwestern nun gänzlich unabhängig arbeitenden „Freien Schule“, die Ende November schon siebzig Schülerinnen zählte und bald auf 140 Schülerinnen aufgestockt werden sollte, war nicht die Beste.³⁸² Unstimmigkeiten und sogar Zwietracht bestimmten zeitweilig das Klima. Zunehmend schwerer fiel es der „freien“ Schulschwester Erika Meißner, sich unter den Neuankömmlingen durchzusetzen. In einer Schülerinnengruppe soll es sogar gegenüber der „freien“ Lehrschwester zur offenen Feindschaft gekommen sein. Vier Schülerinnen strebten bei der Landesregierung die Versetzung in eine andere Schule an.

Worin die „unhaltbaren Zustände“ in der „Freien Schule“ bestanden, geht aus den Unterlagen nicht hervor. Nur so viel: Weil der theoretische Unterricht auch außerplanmäßig stattfand, wurden die Schülerinnen häufig von den Stationen gerufen. Doch auch die theoretische Lehre, die jetzt einen hohen Stellenwert einnahm, ließ offenbar zu wünschen übrig, weil es an Erfahrung mangelte, eine solch große, zusammengewürfelte Schülerinnenschar zu unterrichten. Während der theoretische Lehrbetrieb überforderte, fehlten Kräfte in der Praxis. Ein Grund, warum die Landesregierung erwog, gute Schülerinnen vorzeitig nach dem dritten Semester zum Staatsexamen zu führen. Dieser Vorschlag, den Dr. Küstermann zunächst abgelehnt hatte, scheint tatsächlich umgesetzt worden zu sein.³⁸³

Schulschwester Erika, die angeblich „mehrfach geäußert“ hatte, „selbst fortgehen“ zu wollen, erhoffte sich Entlastung vom Antritt der zweiten Schulschwester Hella Woithe zum 1. Dezember. Indem diese im Februar 1951 sogar zur kommissarischen Schulleiterin ernannt wurde, verdrängte sie jedoch die seinerzeit zur Oberinnenschulung nach Dresden befohlene überforderte Erika Meißner. Zwei neue Lehrschwesterposten wurden mit Examensschülerinnen besetzt.³⁸⁴



Die Chefarzte Dr. Hans Küstermann und Dr. Walter Kuhne.

Zu jenem Zeitpunkt hatte sich der Geist des Krankenhauses komplett gewandelt, was sich dem Besucher sofort beim Betreten des Hauses offenbarte: Im Gegensatz zu den Diakonieschwestern trugen die „freien“ Schülerinnen bis auf die praktischen Stunden auf Station zivil. Selbst zu den Mahlzeiten im Essenssaal und zum theoretischen Unterricht war Zivilklei-

dung angeordnet, wie Oberin Schulze konsterniert nach Berlin berichtete. Vor ihren Augen wuchs in der Aufnahme „die Unordnung“. An der von den Schülerinnen früher mitbetreuten Pforte war ebenfalls ein „dauernder Wechsel“ zu beobachten. Zudem erhöhten „die in der Stadt verstreut wohnenden freien Schülerinnen (...) durch ihr Kommen und Gehen die Unruhe des Hauses“³⁸⁵.

Doch nicht nur das: Bald sollte Oberin Schulze beklagen, eine „freie“ Stationsschwester sei mit „Kind und Kegel“ ins Krankenhaus gezogen und lasse „sogar noch eine junge Schwägerin bei sich wohnen“, die während ihrer Stationsarbeit das Kind versorge; über die Weihnachtstage seien „sogar noch Verwandte zu Besuch“ gewesen³⁸⁶.

Die Anstellung dieser „freien“ Stationsschwester, initiiert vom Rat der Stadt, allen voran Bürgermeister Graul, letztlich aber von der Landesregierung, namentlich Dr. Ludwig Mecklinger, verstieß gegen den noch immer bestehenden Vertrag des Diakonievereins mit der Stadt Mersburg.

Offensichtlich angespitzt von Funktionären der SED, opponierte seit 1950 auch die Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) gegen die Vormachtstellung der Diakonieschwestern in den leitenden Positionen. Das Ziel bestand in der Bildung einer „Schwesternbrigade“, das heißt, in der kompletten Besetzung einer der großen Stationen im Haupthaus mit „freien“ Schwestern. Vor allem aber Bürgermeister Ernst Graul wünschte „einen Wettbewerb zwischen den Stationen“ herbei, „um zu sehen, welche Schwestern besser seien“³⁸⁷.

Graul verschloss sich den Einwänden der Oberin, die weitere Zwietracht befürchtete und auf den bestehenden Vertrag verwies. „Er ist von dieser Vorstellung nicht abzubringen“, klagte Elli Schulze nach Berlin-Zehlendorf, die sei-

tens des Bürgermeisters selbst einer „nicht fortschrittlichen Arbeitsweise“ bezichtigt wurde, die den „mangelnden Aufbauwillen der Diakonieschwestern“ zu erkennen gäbe.³⁸⁸

Für die Schwesternbrigade gab es einen konkreten Ort: die Innere Abteilung. Die Angriffe richteten sich nun gegen deren leitende Schwester Charlotte Schlenzog, wobei sich Chefarzt Dr. Küstermann einmal mehr auf ein „unerfreuliches Doppelspiel“ einließ: „Er verhandelt“, beklagte die Oberin, „unentwegt in dieser Angelegenheit allein mit dem Bürgermeister, so daß wir uns wohl auf seinen Umfall in der Frage der Stationsführung gefasst machen müssen“³⁸⁹.

Obgleich die zum 1. Dezember 1950 eingestellte neue Stationsschwester Gerda Schwemm auf Druck der Diakonieschwestern zunächst nur „beigeordnet“ war, lief die Zusammenarbeit wenig erfreulich. Charlotte Schlenzog, so vermutete Oberin Schulze, werde der „sicher auftretenden freien Schwester“ nicht lange gewachsen sein; sie sei „letztes Jahr durch die Anfeindungen des Chefchirurgen schon reichlich müde geworden“³⁹⁰.

In jenen Tagen ließ sich der erkrankte Bürgermeister Graul auf der Privatstation des Hauses pflegen und wettete währenddessen, wie Vorstandspfarrer Fritz Bellardi zu berichten wusste, „in bekannter Weise zynisch und kritisch“ von der Führung des Schwesternkreises, des Krankenhauses und im besonderen der Leitung der Küche. Trotz des offensichtlichen unlauteren Vorgehens des Stadtvorstandes, die Wirtschaftsleitung des Hauses in die eigenen Hände zu bekommen, sagte der Diakonieverein am Jahresende 1950 den Rückzug der Wirtschaftsschwester zu, nahm jedoch dem Bürgermeister das Versprechen ab, „in Zukunft derartige Maßnahmen nur im vorherigen Einvernehmen (...) entsprechend den (...) getroffenen vertraglichen Vereinbarungen zu treffen“.

Graul, der sich auf eine „Anordnung der Landesregierung“ und die Zustimmung des Chefarztes Dr. Küstermann berief, versprach, Alleingänge in Zukunft nicht zu wiederholen. Weil aber trotz aller Intrigen die Schwestern nicht von sich aus bereit waren, ihre Positionen aufzugeben, kündigte er eine baldige Revision des Vertrages an: Künftig müsse die „politische Stellung der Schwester“ darin verankert sein. Längst hatte Graul beim Ministerium nachgesucht, auch Oberin Schulze durch eine „freie“ Schwester zu ersetzen, „wegen ihrer undemokratischen Haltung und negativen Beeinflussung der Diakonieschwestern, die nur taten, was die Oberin befiehlt“³⁹¹. In all den „entscheidenden Fragen“, beklagte Pfarrer Bellardi auf seiner Bezirksreise im November, sei „weder mit Chefarzt Dr. Kuhne zu rechnen (...) noch mit Chefarzt Dr. Küstermann“, der im übrigen den Eindruck mache, „daß er den ganzen Betrieb in Merseburg gründlich satt hat“³⁹².

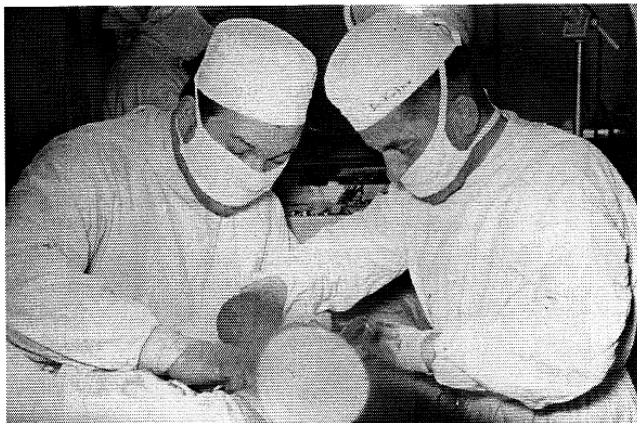
Angesichts der Dramatik des Geschehens bat Referentin Gerda Hastings bei ihrem Weihnachtsbesuch in Merseburg im Kreis der Verbands- und Stammschwestern, „doch weiter auszuhalten und sich nicht fortgesetzt durch Gerüchte ängstlich und unruhig machen zu lassen und ihre Kräfte damit zu vergeuden:

„Ich bat sie außerdem, nicht schon jetzt in einer allgemeinen Kündigungsstimmung zu leben und sich schon ängstlich Pläne zu machen über ihre Zukunft. Der Zeitpunkt der Kündigung wäre weder von der Stadt, noch vom Vorstand aus zu bestimmen. Über das Sein oder Nichtsein der Diakonieschwestern im Krankenhaus Merseburg müssten wir

*Gott allein die Entscheidung überlassen, denn sowohl der Vorstand, als auch die Stadt wären nur Werkzeug, an uns läge es, unsere Pflicht zu tun, bis wir von unserer Arbeit abgerufen würden. Die Gerüchte, die im Hause kursierten, möchte man nicht immer als zu schwerwiegend nehmen und möchte sie lieber einmal für sich behalten, als sie fortgesetzt in den Kreis hineinzutragen, um ihn damit zu beunruhigen. Wir schlossen den Abend mit einer kurzen Andacht und Gebet“*³⁹³.

Vor allem die Oberin wollte man vor den Gerüchten verschonen. Doch nur wenige Tage später sah sich die Schwesternschaft vor vollendete Tatsachen gestellt. Am 1. Januar 1951 ging dem Vorstand in Zehlendorf die Vertragskündigung aus Merseburg zu. Demnach sah der Rat der Stadt Merseburg im zuletzt gültigen Vertrag aus dem Jahr 1928 „gewisse Punkte“, die nicht mehr vertretbar schienen:

„Der Vertrag legt dem Rat der Stadt Merseburg eine Beschränkung in der personellen Besetzung des Städtischen Krankenhauses auf. Daraus ergeben sich des öfteren Differenzen, welche eine gedeihliche Zusammenarbeit zunichte machen. Auch das



Dr. Klaus Weber und Dr. Walter Kuhne bei einer OP.

Verhalten der Diakonieschwestern lässt in ihrer demokratischen Gesinnung viel zu wünschen übrig. Wir beabsichtigen daher, die Lenkung und Steuerung des zu besetzenden Krankenpflegepersonals von hier aus selbst vorzunehmen. Aus diesem Grunde kündigen wir den Vertrag lt. § 11 des Vertrages vom Juli 1928 fristgemäß zum 31. Dezember 1951. Frau Oberin Schulze hat Durchschlag dieses Schreibens erhalten. Bürgermeister“³⁹⁴.

Vor allem die älteren, jahrelang mit dem Haus verbundenen Schwestern empfanden die Kündigung als „sehr schmerzlich“. Nach Rücksprache mit Oberin Schulze nahm der Vorstand sie an, weil „die kirchlichen Verhältnisse in Merseburg nicht derart sind, daß man von dort her eine besondere Aktion zugunsten des Verbleibes der Diakonieschwestern im Städtischen Krankenhaus erwarten dürfte“³⁹⁵.

1951

„Weiche nicht, denn ich bin dein Gott.“

Die Diakonieschwestern verlassen Merseburg

Das Jahr 1951 stand ganz unter dem Eindruck des Abzuges der Schwestern, den diese wegen der angespannten Atmosphäre im Hause nun sogar schon vor dem Kündigungstermin herbeisehten.

Hatten die Verbandsschwestern bereits im November beklagt, ihre Arbeit könne „keine geordnete Krankenpflege, geschweige denn Diakonie“ mehr genannt werden und es würde immer schwerer, die Jungschwestern am und im Schwesternkreis zu halten, so wurden elf Vollschwestern im Februar 1951 mit einem Schreiben in ihrem Heimathaus vorstellig. Darin beklagten sie, die Situation würde im Hause „immer unerfreulicher und schwieriger“:

„Wir wollen selbstverständlich durchhalten, wenn es notwendig sein sollte. Aber sehr dankbar wären wir doch, wenn die Tage verkürzt werden könnten und wenn Sie für uns bei der Stadt einen früheren Abzug nach ½ oder ¾ Jahr, also zum 30.6. oder 30.9. erwirken würden. So sehen wir uns nach ernster Überlegung veranlasst, unseren Vorstand dringend um Rat und Hilfe zu bitten, hauptsächlich wegen unserer

überforderten Jugend, ebenso aber auch für die ganze abgekämpfte Diakoniegruppe einzutreten, die sich neben der großen Schar von ausgeruhten, fröhlichen, freien Schülerinnen immer weniger behaupten kann“³⁹⁶.

Die Berliner Vorstandsoberein Hanna Erckel als auch Oberin Elli Schulze hielten einen „geschlossenen Abgang“ der Schwestern für „sehr wertvoll“³⁹⁷. Schwierig in der äußerst angespannten Situation, die es nicht mehr zuließ, gegen die „freien Kräfte“ Position zu beziehen. Trostgrüße, welche die Zehlendorfer Vorstandsoberein zahlreich schickte, erreichten auch die letzten Merseburger Schülerinnen:

„... zwar haben Sie nun nicht mehr die Freude und den Ansporn einen jüngeren Kursus und ‚Pröbchen‘ nachwachsen zu sehen, so daß Sie sichtbar spüren, wie Sie Ihrem Ziel immer näher entgegenwachsen. Sie sollen aber wissen, daß Sie unserem Schwesternkreis in Merseburg doch eine rechte Freude und Hilfe bedeuten durch Ihr tapferes Mittragen und Standhalten in mancherlei Anfechtungen“³⁹⁸.

Schon früher, so die Vorstandsoberein in einem anderen Zusammenhang, sei Merseburg „zweit kleinstes Seminar“ gewesen, doch seien gerade aus den kleinen Seminaren viele verantwortungsvolle Schwestern in leitenden Positionen hervorgegangen: „Tüchtige Stationsschwestern, Heimleiterinnen und auch Oberinnen haben einst in Merseburg gelernt“³⁹⁹.

Im Vordergrund der Bemühungen stand von nun an die Sorge um die Aufrechterhaltung des Krankenhausbetriebes. Wegen der fehlenden konfessionellen Schülerinnen war der gewohnte Arbeitskreis gestört. Die Nachwuchskräfte fehlten in allen Bereichen, denn mit den „freien“ Schülerinnen war wegen der neuen Schulordnung nur bedingt zu rechnen. Die Zahl der examinierten Diakonieschwestern war innerhalb eines Jahres von knapp fünfzig auf 37 geschrumpft – meist infolge von Kündigungen. Von den nur 23 in der Pflege arbeitenden Schwestern waren einige seit Monaten krank und arbeitsunfähig.⁴⁰⁰ Zwar arbeiteten neben ihnen mittlerweile sieben „freie“ examinierte Schwestern und sieben im dritten Semester examinierte „freie Schülerinnen“, außerdem acht Schwesternhelferinnen und zehn Pflegerinnen. Doch die Zahl der Pflegekräfte reichte bei weitem nicht aus, um den Anforderungen des 600-Betten-Krankenhauses gerecht zu werden. Weil die „freie Gruppe“, wie beklagt wurde, „sehr auf den 8 Std. Tag achtet(e)“, war die Arbeit auf Dauer nicht zu bewerkstelligen⁴⁰¹.

Erschwerend kam hinzu, dass die „Freie Schule“ unter den Hilfskräften „fleißig“ warb, sodass man im Herbst bereits fünf Mitarbeiterinnen dorthin verloren hatte und zum Frühjahr mit dem Abgang von vier weiteren Kräften gerechnet werden musste. Angesichts des Schwesternmangels und der auch sonst ausweglosen Si-

tuation waren die Diakonieschwestern nun darauf angewiesen und auch bereit, die Stationsschwesternstellen an „freie Schwestern“ abzugeben. Aber selbst die Gewinnung von „freien“ Schwestern, „ob mit, ob ohne Examen“ war schwierig. Die benachbarten Universitätsstädte Halle und Leipzig, doch mehr noch die „Industrie-Ecke (Leuna, Buna, Braunkohlengruben)“ mit ihren zahlreichen Polikliniken, zogen mit ihren „augenfälligen Vergünstigungen und Verlockungen (...) alle freien Pflegekräfte an“.

Im März 1951 brachte die Anstellung eines Teiles der eben examinierten freien Schülerinnen eine kleine Entlastung, wozu es aus dem Diakonieverein heißt:

„Zwar ist die Gruppe von 17 jungen Menschen vorwiegend theoretisch geschult, aber alle scheinen den Ehrgeiz zu haben und darin werden sie von der derzeitigen Schulleitung und von der Verwaltung her beachtlich unterstützt, es uns in der Praxis bald gleich zu tun, um uns ablösen zu können“⁴⁰².

Auf Betreiben der Landesregierung, allerdings mit den „berechtigten Bedenken“ von Chefarzt Dr. Küstermann, richtete man in jenen Tagen eine erste politisch motivierte „Jugend-



Abschied von der Infektionsbaracke im Krankenhausbauhof.

station“ ein: die „Scharlachbaracke“ mit damals 55 bis 60 Kindern und Jugendlichen. Der Diakonieschwester Clara Schmidt oblag die Aufgabe, ihre gerade examinierte jugendliche Nachfolgerin einzuarbeiten, um die Baracke sechs Wochen später übergeben zu können. Auch die Chirurgische Abteilung, in der noch der gesamte OP-Betrieb von Diakonieschwestern abgedeckt wurde, ging im Frühjahr 1951 an eine „freie“ Schwester.

Bei all den Reformen fehlten klare Konzepte und manches erfolgte überstürzt. Die staatlich anerkannte, in kommunaler Hand liegende Krankenpflegeschule war am 29. November 1950 von der Landesregierung übernommen und in eine staatliche Fachschule



Auf dem letzten „Bezirkstag“ in Merseburg am 28. Oktober 1951 wurde den Schwestern ein neuer Heimatbezirk zugewiesen.

umgewandelt worden, womit man von der Reformlinie der deutschen Tradition auf das sowjetische Modell umschwenkte. Damit war auch die Finanzierung sichergestellt.⁴⁰³ Die Übernahme des Krankenhauses in den Kreishaushalt sollte sogar gleich zweimal erfolgen: Eine erste Übergabe zum 1. August 1951 war nach „sehr kurzer Anlaufzeit“ gescheitert, wie Oberin Schulze nach Berlin berichtete. Ohnehin kam die Übergabe für das Personal völlig überraschend, „wenigstens für unseren Chefarzt und erst recht für mich“, wie Elli Schulze hinzufügte. Obgleich man das Krankenhaus bereits des Zusatzes „Städtisch“ beraubt hatte, machte schon zwei Wochen später das Gerücht die Runde, die feierliche Übernahme müsse formal wieder rückgängig gemacht werden, weil sie unüberlegt erfolgt sei. „Das neue, seit 1. August 1951 bestehende ‚Krankenhaus‘, eigentlich ‚Kreiskrankenhaus‘, wird wieder Städtisches Krankenhaus werden“, berichtete Oberin Schulze nach Zehlendorf⁴⁰⁴. Tatsächlich sollte das Haus erst zum 1. Januar 1952 endgültig zum „Kreiskrankenhaus“ werden.

Der letzte Bezirkstag Ende Oktober 1951 zeigte, wie bedrückend der Abschied besonders für die älteren pensionierten Schwestern wurde, die viele Jahre lang die Entwicklung des Krankenhauses begleitet hatten. Ihnen wurde „das Herz recht schwer“, als ihnen nun ein neuer Heimatbezirk zugewiesen wurde. Alle drei leitenden Schwestern, die das Krankenhaus durch die Nöte der Zeit gesteuert hatten, waren anwesend: die inzwischen 83-jährige Schwester Adelheid Hesse, welche 1913 das Haus übernommen hatte, Schwester Elisabeth Lindemann, die das Haus durch die Kriegsjahre gesteuert hatte und Oberin Elli Schulze, die das 600-Betten-Haus nun in andere Hände geben musste.⁴⁰⁵



Schwester Adelheid Hesse war die erste Oberschwester aus dem Diakonieverein Berlin - Zehlendorf in Merseburg.

Und doch kam es zwei Tage vor dem Abzug der Schwestern ein letztes Mal zur Konfusion. Auslöser war ein Anruf aus dem Gesundheitsministerium der DDR, demzufolge der bevorstehende Abzug der Schwestern in Merseburg „zu großen Verlegenheiten“ führte, da nicht genügend Ersatz vorhanden war⁴⁰⁶. Die Schwesternschaft knüpfte ihren Verbleib an die Wiedereröffnung der Schwesternschule, was nicht stattgegeben wurde. Somit blieben von den rund 160 Pflegenden im Haus inklusive der Schülerinnen nur noch 90 Kräfte zurück. Ein Aushang an einer Wandzeitung im Teilkrankenhauses Bad Dürrenberg zeigt, wie sich die dortige Belegschaft von den drei Diakonieschwestern in jenem Haus verabschiedete:

„Infolge der veränderten gesellschaftlichen Bedingungen wurde das Vertragsverhältnis des Diakonievereins mit der Stadt Merseburg gekündigt und gelöst (...) Wir verlieren damit in unserem Hause 3 qualifizierte Fachkräfte, die alle ihre Kräfte für das Wohl unserer Patienten eingesetzt haben. Sie haben sich bemüht, den Erfordernissen unserer Lage gerecht zu werden und haben unserem Betrieb alle ihre Erfahrungen zur Verfügung gestellt. Obwohl sie die gesellschaftliche Entwicklung unserer heutigen Zeit noch nicht restlos verstehen können, haben sie dennoch für unseren 5 Jahrplan wertvolle Arbeit geleistet. Aus diesem Grund fühlt sich die Redaktion veranlasst, im Namen der Belegschaft den scheidenden Schwestern den Dank für die geleistete Arbeit auszusprechen...“⁴⁰⁷.

Neben dieser Wortmeldung, welche die historische Bedeutung der Schwesternschaft für Merseburg verkannte, meldeten sich zum Abschied auch viele wohlwollende Stimmen, darunter Superintendent a.D. Kurt Joachim Friedrich Berckenhagen. Dieser bedauerte, nicht sicher sein zu können, dass die Pfarrerschaft Merseburgs die „rechten Worte finden“ wird,



Nach knapp 40 Jahren müssen die Schwestern Merseburg verlassen – für immer.

zeigte sich aber überzeugt, „daß ein sehr großer Teil der evangelischen Bevölkerung der Stadt und des Kreises Merseburg es aufrichtig bedauern wird, im Krankenhaus künftig die liebevolle Pflege der Diakonieschwestern entbehren zu müssen“⁴⁰⁸.

Am Abend, nachdem die Schwestern das Haus und die Stadt für immer verlassen hatten, setzte sich auch Chefarzt Dr. Küstermann an den Schreibtisch, um sich beim Vorstand noch einmal „für die aufopfernde, vorbildliche Pflege und Tätigkeit“ zu bedanken:

„Ich darf mich heute, nachdem wir von unseren bewährten Schwestern Abschied genommen haben, zum Sprecher unzähliger Patienten machen und ihren Dank übermitteln. Es ist gewiß ein besonderes Verdienst der Diakonieschwestern, daß das Krankenhaus Merseburg bisher in Kreisen der Bevölkerung als auch bei höher geordneten Dienststellen sich eines guten Rufes erfreuen durfte, denn selbst der beste Arzt kann nur dann voll zur Wirkung kommen, wenn ihm eine erfahrene von besonderer Pflichtauffassung durchdrungene Schwester zu Seite steht. (...) Wir Ärzte arbeiteten gern mit den Schwestern zusammen und vergessen zusammen mit den Patienten ihre Verdienste nicht“⁴⁰⁹.

Was in dem Chefarzt, der die Entscheidungen augenscheinlich gebilligt hatte, vor sich ging, ist nicht bekannt. Dass er selbst kurz vor Jahresende einen neuen Arbeitsvertrag erhalten hatte, der ihm 1.700 Mark Monatsgehalt zusicherte, worin er übrigens eine Geringschätzung seiner Leistungen meinte sehen zu müssen, sei am Rande notiert. Anfang des neuen Jahres wurde das Chefarztgehalt auf 1.900 Mark heraufgesetzt.⁴¹⁰

Als das Krankenhaus 1952 endgültig in den Kreishaushalt übernommen wurde, wird Dr. Küstermann längst klar geworden sein, wie

wenig Handlungsspielraum ihm als Leiter auch künftighin blieb. Auch das scheint er in Kauf genommen zu haben. Seine Schwestern hingegen verließen aufrechten Ganges die Stadt, der sie fast ein halbes Jahrhundert gedient und deren führende Vertreter am Ende so viel Unverständnis gezeigt hatten. Der Abzug der Schwestern stellte sich in der Schilderung einer Diakonieschwester so dar:

„Am Sonntag, den 30. Dezember waren wir Diakonieschwestern das letzte Mal auf den Stationen und verabschiedeten uns von unseren Patienten. Daß dieser Abschied auf beiden Seiten sehr schmerzlich war, werden sich alle denken können.

Am Morgen des Abreisetages trafen wir uns zur letzten Andacht in unserem Esszimmer unter dem brennenden Lichtbaum, und dann hieß es Abschied nehmen. Der älteste Pfarrer des Ortes überbrachte uns die Abschiedsgrüße der gesamten Pfarrerschaft und den persönlichen Dank in Form eines Gedichtes. Anschließend kamen alle Ärzte in unser Schwesternhaus. Nach einer sehr freundlichen Ansprache unseres Chefarztes hieß es auch hier Abschied zu nehmen. Und das war für uns sehr schmerzlich, denn wir hatten mit den Ärzten gut zusammengearbeitet und besaßen immer ihr volles Vertrauen.

Bevor wir aus dem Hause gingen, kam ein Vertreter des Rates der Stadt. Er überbrachte uns den Dank der Stadt und äußerte sein tiefes Bedauern über unseren Weggang. Unser Gepäck wurde von einem großen Lastwagen abgeholt, und wir gingen zu Fuß zum Bahnhof, begleitet von vielen Ärzten und Freunden. Noch lange sahen wir unsere Patienten winken.

Ja, und damit gingen wir Diakonieschwestern aus dem Krankenhaus Merseburg nach fast 40-jähriger Tätigkeit!

Auf dem Bahnhof erwartete uns eine große Menschenmenge. Und zu unserer Überraschung

waren auch der Domchor und die Posaunenbläser da und grüßten uns mit dem Liede: ‚Aufbleibet treu und haltet fest!‘, und im Wechsel spielten und sangen sie weiter, bis zur Abfahrt des Zuges. Der ganze Bahnhof mit allen Reisenden nahm an unserem Abschied teil. Auf den Bahnsteigen war es still, als unser Seminarpfarrer ein letztes Grußwort an uns richtete und uns und allen Zurückbleibenden das Wort aus Jes. 41, Vers 10 zurief: ‚Fürchte dich nicht, ich bin mit dir. Weiche nicht, denn ich bin dein Gott. Ich stärke dich, ich helfe dir auch, ich erhalte dich durch die rechte Hand meiner Gerechtigkeit‘. Viele freundliche Hände halfen uns, unser Gepäck in den Zug zu befördern, und unter den Klänge der Posaunen und des Dom-

chores verließen wir sehr, sehr schweren Herzens Merseburg. Noch einmal fuhren wir am Krankenhaus vorbei, noch einmal Tücherwinken, und ein Lebensabschnitt ging für uns zu Ende. Unsere Hallenser und Bitterfelder Schwestern waren auf den Bahnhöfen, um Abschied von ihren benachbarten Schwestern zu nehmen, und reichten uns manche freundliche Erfrischung, die uns trösten wollte.

Unser Empfang im Heimathaus war wie ‚zu Hause‘, und das hat uns sehr wohlgetan nach aller Unruhe und Unordnung der letzten Wochen. Uns ist es heute noch sehr weh ums Herz, weil wir alle auseinander gehen müssen. Wenn die Merseburger das lesen, dann soll es an sie ein herzlicher Gruß sein...¹⁴¹¹



Merseburg, d. 31. Dezember 1967.
Beim Scheiden von Merseburg
wünschen wir Ihnen in Verehrung
und innigster Dankbarkeit Gottes
reichsten Segen für Ihre fernere
Wirkungsstätte in der neuen Zeit.
Und! Gott lohne Ihnen alles Gute,
was Sie hier getan!

Mit warmen aufrichtigen
Tagegrüßen Ihr aller getreuer
Nachbar
F. v. F. H. L. L.
Grüßmann 5

„Wehmütiger Scheidegruß“ der Nachbarn Gerichtsrain 5, Familie Wilck:

„Beim Scheiden von Merseburg wünschen wir Ihnen in Verehrung und innigster Dankbarkeit Gottes reichsten Segen für Ihre fernere Wirkungsstätte in der neuen Heimat! Gott lohne Ihnen alles Gute, was Sie hier getan!“

„Eine nach den neuesten Errungenschaften der Technik geschaffene Anlage.“

Inbetriebnahme des Säulenkrankenhauses (1956)

Die Krankenhausleitung bemühte sich fieberhaft um freie Schwestern, von denen die ersten aus Dessau und Bernburg kamen. Auch die Schwesternschule setzte entgegen ihren Ambitionen Schülerinnen schon im ersten Ausbildungsjahr rege auf den Stationen ein. Ahnung von dem, was sie dort tun sollten, hatten die jungen Schwestern zunächst nicht. Es brauchte einige Zeit, ehe sich der Krankenhausalltag wieder „normalisierte“. Dazu bedurfte es nicht zuletzt der raschen Qualifizierung von ungelehrten oder in anderen Berufen ausgebildeten künftigen Mitarbeitern für die verschiedensten Tätigkeitsbereiche. In der dramatischen, „in weiten Kreisen der Bevölkerung Sorge und Erregung“ auslösenden Situation glaubte die Liberal-Demokratische-Zeitung, das Krankenhaus nicht mehr als „eine Stätte der Pflege und Heilung“ sehen zu können und forderte sachliche Aufklärung:

„Unter den entlassenen Schwestern befanden sich auch Operationsschwestern und Narkoseschwestern, deren Entlassung zur Folge hatte, daß z. Zt. im Merseburger Krankenhaus keinerlei schwere Operationen mehr durchgeführt werden können. Eine weitere Folge des akuten Schwesternmangels ist in der Schließung bezw. nur teilweisen Belegung mehrerer Stationen (...) zu sehen. Es muss in diesem Zusammenhang festgestellt werden, daß seitens der verantwortlichen Stellen die Kündigung der Schwestern ausgesprochen wurde, ohne daß ein ausreichender Ersatz in Form von erfahrenen und ausgebildeten Schwestern zur Verfügung stand. Trotzdem diese Tatsache bekannt war, ist nichts unternommen worden, was Erfolg hatte, um den unhaltbaren

Zustand, der nach Fortgang der Schwestern entstehen musste, von vornherein entgegenzutreten. Es steht fest, daß im Augenblick für die entlassenen 35 Schwestern erst 6 neue Bewerbungen vorliegen, so daß auch in nächster Zeit mit einer Änderung dieser Verhältnisse nicht gerechnet werden kann.

Da es von Seiten unserer Regierung immer wieder betont worden ist, daß nämlich ‚im Mittelpunkt all unserer Sorgen und Nöte der schaffende Mensch steht‘, erwartet die Bevölkerung mit Recht von den zuständigen Instanzen eine Erklärung, wie und wann man diesen Zuständen abzuhelpen gedenkt. (...) Es wird daher mit recht von allen Kreisen der Einwohnerschaft eine umgehende Stellungnahme erwartet und darüber hinaus eine Untersuchung, warum es überhaupt soweit kommen konnte, daß ein Krankenhaus ohne eine genügende Anzahl von geschultem Pflegepersonal seine Arbeit ausführen muß“⁴¹².

Allmählich schien sich die diktatorisch geschaffene Situation im Haus zu stabilisieren, doch da gerieten die politischen Rahmenbedingungen ins Wanken. Im Juni 1953 hörte man im Garten des Krankenhauses die Rufe eines Lautsprecherwagens: „Einwohner von Merseburg, haltet die Straße frei für den Demonstrationzug der Buna-Arbeiter! Schließt Euch dem Zug an! Wir vereinigen uns mit den Werktätigen des Leunawerkes auf dem Nulandtplatz!“⁴¹³ Wie ein Lauffeuer ging es von Mund zu Mund: „Buna streikt“. Die Menschen jubelten und schlossen sich an, während sich der Menschenstrom auf der Halleschen Straße rund sieben, acht Kilometer in Merseburgs Innenstadt wälzte:

„Menschen in ihrer Arbeitskleidung, so wie sie an ihrem Arbeitsplatz gestanden hatten: in Maurer- und Schlosseranzügen, in Kitteln und Schürzen, in Holzpantinen - in der Mitte der ersten Reihe zwischen den Männern ein junges Serviermädchen mit weißem Schürzchen und Häubchen - so marschierten sie untergehakt und riefen: ‚Wir wollen keine Volksarmee, wir wollen Butter! Wir fordern freie Wahlen! Es hat keinen Zweck, die Regierung muss weg! Gebt die Gefangenen frei‘“⁴¹⁴.

Gegenüber des Amtsgerichts, das auch Gefängnis war, rissen die Arbeiter, begleitet von Jubelrufen, „die verhassten Embleme und Transparente“ vom „Haus der Frau“. Dann rissen sie „ohne jegliches Werkzeug die Gitter von den Fenstern, stießen die Tore auf und drangen ins Gefängnis ein. Es dauerte nicht lange, da wankten die ersten Gestalten heraus, bleich, ein Bündel unterm Arm, winkend“.

Auf dem Nulandplatz trafen die beiden Demonstrationzüge der Leuna- und Bunaarbeiter schließlich zusammen und der Unmut über die politische und wirtschaftliche Situation entlud sich noch einmal. Wie ein Zeitzeuge zu berichten weiß,

„rollten die Russen heran, auf Motorrädern, Lastwagen und Tanks, Stahlhelme auf, Karabiner schussbereit umgehängt oder Seitengewehre aufgepflanzt. Sie treiben die Menschen auseinander, besetzen Polizei, Post und Amtsgericht.

Wie ein Leichentuch breitet es sich über die Stadt. Bleierne Stille, nachts um zwei Uhr verkünden Lautsprecherwagen den Ausnahmezustand über das gesamte Kreisgebiet“.

Zu den zahlreichen Häusern, welche die Besatzer seit Kriegsende rund ums Krankenhaus beschlagnahmt hatten, gehörte der prächtige Bau

der Landesversicherungsanstalt. In dem 1913 errichteten Gebäude hatte sich zwischen 1945 und 1948 die Bezirkskommandantur der SMAD eingerichtet. Nun wurde es im Zuge der Bemühungen um Korrekturen am Kurs dem Krankenhaus zur Verfügung gestellt. Das ließ sich propagandistisch verwerten. Neben der verbesserten Lebenslage der Bevölkerung, die 1954 beispielsweise die Einstellung der krankenhauseigenen Landwirtschaft erlaubte⁴¹⁵, sah die *Freiheit* eine der „Hauptaufgaben“ in der „Verbesserung der gesundheitlichen Betreuung“: Nach vielen Besprechungen der Architekten mit den Ärzten, den Spezialisten für Krankenhausbau und dem Rat des Kreises war ein Entwurf zum Umbau des einstigen Verwaltungsgebäudes der Landesversicherungsanstalt zustande gekommen, der „eine nach den neuesten Errungenschaften der Technik zu schaffende Anlage“ vorsah. Einzig das Umfeld der neuen Krankeneinrichtung bot Anlass zur Klage, da der „nunmehr räumlich vergrößerte Krankenhauskomplex“ durch das Anschlussgleis der Papier- und Zellstofffabrik zerschnitten wurde:

„Die sich daraus ergebenden Beeinträchtigungen einmal für die ruhebedürftigen Kranken und die Krankenhausverwaltung sollten Anlaß sein, daß die Papier- und Zellstofffabrik gemeinsam mit staatlichen Organen und der Reichsbahn Überlegungen anstellt, ob bei der neuen Stadtplanung von Merseburg eine Verlegung des Anschlußgleises möglich ist“⁴¹⁶.

Während das Gleis und die damit verbundenen Unannehmlichkeiten noch etliche Jahrzehnte bestehen bleiben sollten, gingen die Bauarbeiten im imposanten neoklassizistischen Bau zügig voran. Die Arbeiten begannen im Januar 1954 mit einem Küchenanbau an die Westseite des Mittelbaues. Fast zeitgleich er-



Das imposante Gebäude der Landesversicherungsanstalt, das spätere Säulenkrankenhaus auf einer Bildpostkarte 1959.

hielt das alte Krankenhaus einen Operationsaal mit einer Großsterilisationsanlage – „eine technische Höchstleistung unserer volkseigenen Produktion“⁴¹⁷.

Für das folgende Jahr war der Neubau einer modernen Großwäscherei für das Krankenhaus vorgesehen. „In geschickter Anordnung zum Ablauf des Krankenhausbetriebes“, so berichtet die Zeitung weiter,

„werden Aufnahme- und Untersuchungszimmer, Bettenaufzüge, Bäder mit Räumen für Inhalation, Bestrahlungen, Kurzwelle, Massage, Unterwassermassage, Duschkatheter, medizinische und Darmbäder, Apotheke, Labor, Verwaltungsräume, Küche, kalte Küche, Spüle, Putzräume, Ausgabe, Vorrats- und Lagerräume, Kühlräume, ein Haus für Eiszubereitung, Speiseraum, Lesezimmer, Schwesternzimmer,

Dienstzimmer des Chefarztes, Röntgenräume mit allen erforderlichen Nebenanlagen, Hauptlabor mit Zystoskopieraum und sonstigen notwendigen Räumen vorgesehen“⁴¹⁸.

Wesentliche Erweiterungen und Umbauten waren an der Zentralheizungsanlage, der Warmwasserbereitung, den Elektroinstallationen und den sanitären Installationen notwendig. Auch Anlagen für Fernsprech-, Lichtsignal, Haus- und Rundfunk, Entlüftung, Blitzschutz und Kühlung wurden eingebaut.

Am 5. April 1956 konnte das Haus als „Innere Abteilung“ eröffnet werden. Die hinzugewonnenen 180 Betten ermöglichten mehr Platz im Gebäude des alten Stadtkrankenhauses. Dieses nahm in erster Linie die operativen Bereiche auf und wurde fortan das *Chirurgische Haus* genannt. Die beengte chirurgische Abteilung konnte um

die bisherige Innere Männerstation und die Kinderstation erweitert werden. Beide Stationen zogen in das wegen seiner Schmuckfassade mit Freitreppe und ionischen Säulen sogenannte Säulenkrankenhaus um. Auch die Geburtshilffliche Station lagerte man 1959 dorthin um, wodurch am alten Standort mehr Platz für die Gynäkologie entstand. Die Gesamtbettenzahl des Krankenhauses wuchs bis 1957 auf 716. Wie sich zeigen wird, waren das der Betten aber noch zu wenig. Neben einer weiteren Küche wurde vor allem die neue Wäscherei begrüßt. Das alte Wäschereigebäude konnte zur Werkstatt umfunktioniert werden, die dem Haus in den Zeiten des Mangels gute Dienste erwies. Der finanzielle Umfang all der Bauaktivitäten betrug mehr als drei Millionen Mark.

Im obersten Stockwerk des Erweiterungsgebäudes residierte nach einer kleinen Odyssee die Schwesternschule mit Unterrichtsräumen und Internat, Ende 1950 als staatliche Fachschule für Krankenpflege dem Landesministerium für Krankenpflege bzw. ab 1952 der Abteilung Gesundheits- und Sozialwesen beim Rat des Kreises unterstellt. Unter der Direktorin Ilse Wagner, langjährige Nachfolgerin der Schwester Hella Woithe, entfaltete sich hier die künftige Ausbildung in der Krankenpflege.⁴¹⁹

Die Ausdehnung des Krankenhausbetriebes auf fünf verschiedene Fachabteilungen für innere, chirurgische, gynäkologische, pädiatrische und HNO-Erkrankungen hatte die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung in gänz-

lich neue Bahnen gelenkt. Stolz zeigte sich die ärztliche Leitung über die differenzierteren Betreuungsmöglichkeiten. Das Haus verfügte nun auch über einen großen Kultursaal, in dem neben fröhlichen Feiern der Kollektivgeist geschult werden konnte.

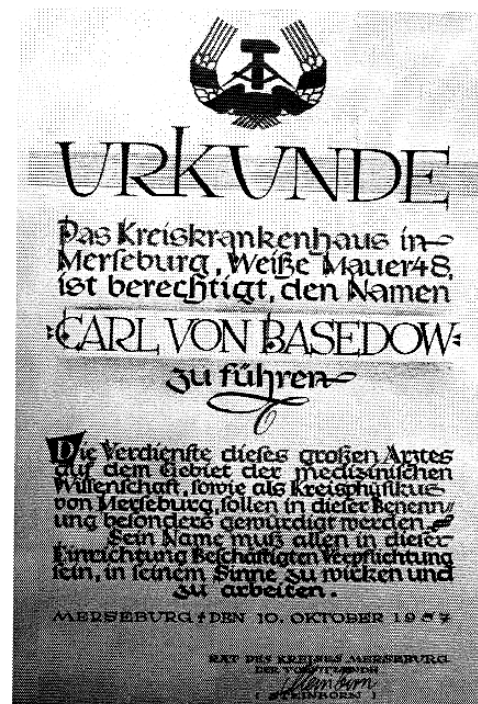
Der christlich geprägten Schwestern entledigt, hatte man 1954 leichteres Spiel, eine eigene SED-Parteigruppe am Krankenhaus zu bilden. In jenem Jahr initiierte der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, Ortsgruppe Merseburg, eine Feierstunde anlässlich des 100. Todestages des Kreisphysikus Carl von Basedow. Dort, im Schlossgartensalon, wenige Meter Luftlinie vom Krankenhaus entfernt, würdigte Dr. Küstermann die Leistungen des berühmten Arztes als ein „leuchtendes Vorbild“. Hier fiel der Beschluss zur Initiative, dem mit der SED-Politik neuerdings aufs engste verwobenen Krankenhaus jenen würdigen Namen zu verleihen⁴²⁰. Ob der Rat des Kreises das als Affront gewertet hat? Einen entsprechenden Antrag der Stadtverordnetenversammlung lehnte er jedenfalls ab und leitete



Im Spiel erinnerte man sich später noch der kirchlichen Schwestern, wie hier am 1. Mai 1978.

die Unterlagen zum Ministerium des Innern weiter, unter bewusster Umgehung des Rates der Stadt⁴²¹. Hier hoffte er auf eine Entscheidung in seinem Sinne, lenkte doch der ehrwürdige Name vom simplen und nur langsam ins Bewusstsein der Bewohner rückenden Begriff „Kreiskrankenhaus“ ab. In diesem Fall aber erhielt er keine Unterstützung aus Berlin. Die Abteilung „Volksbildung“ stimmte der Namensgebung zu.

In der Feierstunde am 10. Oktober 1957, in welcher der stellvertretende (!) Vorsitzende des Rates des Kreises die Namensverleihung vollzog, demonstrierte Bürgermeister Erich Schulz die alte Verbundenheit der Stadt Merseburg mit dem Haus: „Der Bürgermeister übergab Chefarzt Dr. Küstermann ein Bild des Merseburger Arztes, das einzige, was überhaupt noch vorhanden ist“, berichtete die *Freiheit*. Die Enkelin Carl von Basedows, Louise Neumann, hatte das Ölgemälde des Malers Franz Krüger im Jahr 1951 der Stadt Merseburg geschenkt⁴²². Die Namensgebung: ein kleiner später Triumph über die Politik der SED?



Urkunde über die Namensgebung des Krankenhauses, 1957.

„Aufbau des Gesundheitswesens zum Wohle der in der Nachkriegszeit besonders anfälligen Menschen.“

Die Einrichtung neuer Fachabteilungen

Aufgrund der wachsenden Bevölkerungszahl, nicht zuletzt bedingt durch die Industrieentwicklung im Stadt- und Landkreis Merseburg, war ein akuter Bettenmangel immer fühlbarer geworden. Auch die Kreisreform, nach der die Krankeneinrichtungen in Schkeuditz und Lützen nicht mehr zur Verfügung standen, hatte zur schwierigen Situation beigetragen⁴²³. Das Säulenkrankenhaus war daher ein enormer Gewinn, zudem ermöglichte es die wei-

tere Differenzierung des Krankenhausbetriebs in Fachabteilungen.

Neben der Hals-Nasen-Ohren-Abteilung (1949), die bis zur hauptamtlichen Besetzung im November 1965 durch den jungen Dr. Jürgen Kowalik überwiegend von den beiden HNO-Ärzten Dr. Franke und Dr. Wiegand versorgt wurde, richtete man zum 1. Juli 1957 eine weitere „Fachdisziplin“ ein: die geburts-hilflich-gynäkologische Station. Trotz ihrer



Der Autor

Dr. Stefan Wolter

1967 in Eisenach geboren, studierte Geschichte und Theologie.
Seit 1999 lebt und arbeitet er in Berlin-Prenzlauer Berg.

Seit 2005 sind folgende Werke erschienen:

- * Geschichte der Allgemeinen Krankenhäuser in der Stadt Eisenach, 2 Bde., 980 Seiten, BoD 2006
- * „Für die Kranken ist das Beste gerade gut genug.“ 100 Jahre Klinikum Quedlinburg, 460 Seiten, Letterado-Verlag Quedlinburg 2007
- * „Im Geiste edler, hilfreicher Menschlichkeit“, 100 Jahre Klinikum Merseburg, 500 Seiten, Projekte-Verlag Cornelius GmbH, 2009
- * „Hintern Horizont allein - Der ‚Prinz‘ von Prora“, 3. Auflage, Projekte-Verlag Cornelius GmbH, 2009
- * „Der ‚Prinz von Prora‘ im Spiegel der Kritik, Das Trauma NVA und WIR“, Projekte-Verlag Cornelius GmbH, 2007
- * „Der Prinz und das Proradies, Vom Kampf gegen das kollektive Verdrängen“, Projekte-Verlag Cornelius GmbH, 2009
- * „Welch überwältigender Anblick bietet sich unseren staunenden Augen dar“, Ehepaar Pietsch auf Vergnügungsreise an der Ost- und Nordsee 1908/12, 350 Seiten, Projekte-Verlag Cornelius GmbH, 2008
- * „Oft wurde der gute Wille aller strapaziert.“ Entwicklung einer Kinderklinik in der DDR zwischen 1969 und 1979, in: Historia Hospitalium, 2004–2005, Bd. 24, S. 157–186
- * „Der Fluchstaat macht Gewalttat“ – Krankenanstalten im Sog des Bösen. Zwangssterilisationen im preußischen Regierungsbezirk Magdeburg 1934–1936, in: Historia Hospitalium, 2006–2007, Bd. 25, S. 37–61
- * „Noch lange sahen wir unsere Patienten winken.“ Verdrängungsstrategien bei der Einführung der staatlichen Krankenpflegeausbildung in der DDR am Beispiel des Diakonieseminars Merseburg, in: Historia Hospitalium (2009–2010), Bd. 26 (im Druck).
- * „Erinnerung braucht einen Ort, an den sie sich knüpfen kann“, in: Zeitgeschichte regional, 13. Jg. 2009, Heft 1, S. 85–94

Eigentlich wurde immer gebaut, heißt es rückblickend auf hundert Jahre Krankenhausgeschichte am Standort Weiße Mauer in Merseburg. Schon zur Eröffnung am 23. Oktober 1909 war das von einem Arzt und drei Diakonissen betreute 54-Betten-Haus zu klein. Geblieben sind von der ursprünglichen Anlage bis heute die imposante Einfriedung und die gepflasterte Zufahrtsstraße.

Kompetent und mit viel Liebe zum Detail zeichnet Dr. Stefan Wolter die wechselvolle Geschichte des Hauses nach: vom Städtischen Krankenhaus, über das Carl-von-Basedow-Kreiskrankenhaus bis hin zum Saalekreisklinikum mit seinen Standorten Merseburg und Querfurt. Die Erinnerungen der Ehemaligen sowie die vielen aufgespürten schriftlichen Aufzeichnungen und Fotografien sind hier erstmals zusammengefügt. Sie bergen ein Jahrhundert lokale Zeitgeschichte - informativ und unterhaltsam.

ISBN 978-3-86634-847-9
Preis: 29,50 Euro



www.projekte-verlag.de